Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 330 18. April 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 C



kurze

ANTIFASCHISTISCH INFORMATIONEN

Der Antifaschistische Arbeitskreis bringt eine regelmäßig zweimonatlich erscheinende Informationsschrift heraus. Die Nullnummer ist bereits erschienen und kann bestellt werden bei:

Antifaschistische Informationen, c/o Gerd Rübenstrunk, Laarer Str. 168, 4900 Herford

NACHRICHTEN AUS DEM NORMALVOLLZUG IN CELLE II

Mit ihrer Unterschrift haben sich innerhalb weniger Tage 60 % (120 Unterzeichner) der Gefangenen in der Anstalt Celle II nachdrücklich für die Durchsetzung des Entwurfs der 'Magna Charta für Gefangene' ausgesprochen. Der Forderungskatalog wird seither diskutiert und auch eine kürzlich eingerichtete Lesereihe von Autoren (die vom Fördererkreis Deutscher Schriftsteller in Hannover finanziert wird) wird zur Diskussion über die 'Magna Charta' genutzt.

Auf Antrag der GMV (Gefangenenmitverantwortung) vom 27. Februar '80 hat die Leitung der geschlossenen Anstalt entschieden: Die generelle Postzensur ist abgeschafft. Die näheren Einzelheiten sind bereits in einer gesonderten Verfügung erlassen, die seit dem 1. April 1980 auch praktiziert wird. Die Gefangenen können seither ihre ausgehenden Briefe und Postsendungen selbst verschließen, während die eingehende Post im Beisein der inhaftierten Empfänger wohl geöffnet, aber nicht gelesen wird. Allerdings kann nach wie vor im Einzelfall "der Schriftwechsel . . . aus Gründen der Behandlung oder der Sicherheit und Ordnung der Anstalt überwacht werden." (StVollzG § 29 - 3). Bisher waren dagegen alle Schreiben und Sendungen durch eine zentrale Kontrolle geschleust worden. . .

Gegenwärtig wird sehr konkret ein Projekt 'Knastzeitung' zusammen mit der 'Arbeit und Leben'-Heimvolkshochschule Hustedt diskutiert, die in der Nähe liegt. Die Produktions- und Diskussionsbedingungen innerhalb eines VHS-Kurses sollen das Projekt aus dem Einflußbereich der Knastleitung weitgehend befreien. Zur Umsetzung dieser Interessen wird dringend Geld benötigt (auch Sachspenden, wie z.B. eine DIN A 4-Offset oder Papier). Nur so kann sichergestellt werden, daß die Produktionsmittel in die Hände der Gefangenenmitverantwortung gelangen und dort auch bleiben. Spenden bitte an das Solidaritätskomitee Hendrik Bicknaese, PSchKto. Hannover, Nr. 10 77 69 - 301.

Kontakt: Hendrik Bicknaese, Obere Karspüle 25, 3400 Göttingen

kurze

KULTURINFO Nr. 4

Im Kulturinfo Nr. 4 veröffentlicht das junge forum / Ruhrfestspiele zum dritten Mal eine Zusammenstellung gewerkschaftlich/politisch engagierter Kulturgruppen (mit über 400 Adressen und Beschreibungen, einer umfangreichen Filmauswahl, den Adressen der Einzelgewerkschaften, kulturellen Vereinigungen und Initiativen, den Regionaladressen des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, Kulturzeitschriften und anderem).

Bestellung bei: junges forum, Ruhrfestspielhaus, 4350 Recklinghausen, Tel. 02361/15521 – Das Ding kostet 8.- DM.





Irische Folkgruppe auf Rundreise

„Die Gruppe PEOPLE OF NO PROPERTY, Musiker aus den katholischen Ghettos von Derry und Belfast, bekannt und berühmt-berüchtigt durch etliche höchstsubversive und Antibritische Langspielplatten (etwa „England's Vietnam", „Songs from behind the Barricades" und „Brits Out") sind ab dem 22. Mai in Westdeutschland und somit erstmals auf dem Kontinent. Sie unterscheiden sich durch ihre populären Melodien mit brillanten, listig-politischen Texten, die die alltäglichen Erfahrungen des Widerstandes der geschundenen Iren gegen die britische Okkupation zum Inhalt haben, radikal von den irischen Folkgruppen, die ansonsten inflationär in diesem unserem Lande herumstreunen.

Gruppen, Organisationen und Individuen, die eine Veranstaltung nach dem 22. Mai 1980 mit dieser Gruppe machen möchten, wo möglichst auch über die aktuelle Situation in Irland, Nord wie Süd, informiert und diskutiert werden sollte, mögen sich bitte umgehend mit uns in Verbindung setzen.
Ihr erfahrt dann alle notwendigen Details. Es eilt sehr, meldet Euch daher sofort!"

Kontakt: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, PF 35, 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/73212

Neues Stadtblatt

In Lübeck gibt es neuerdings wieder ein Stadtblatt. Das Ding nennt sich: MODERNE ZEITEN, – Der Wisch für Lübeck und Umgebung

Kontakt: Sabine Pantke, Schwertauer Allee 4, 2400 Lübeck, Tel: 0451 / 476825

Home Soldier, home

OBERURSEL 14. April Das Irlandkomitee hat jetzt eine Kopie des Films „Home, Soldier Home", der in England und Irland mit großem Erfolg lief. Er hat das Schicksal der in Englands Ghettos rekrutierten Soldaten zum Ihhalt, die dann in Nordirland oder anderswo gegen ihresgleichen zum Einsatz kommen. Tonfilm, s/w, Magnetton, ca. 1 1/4 Stunden lang, in englischer Sprache, aber leicht zu übersetzen. Leihgebühr 80 Mark plus Porto und Versicherung.

Dazu gibts das neue Irlandinfo Nr. 13 und den einzigartigen Reiseführer. Ersterer kostet DM 3.50 plus Porto und letzterer 10 Märker plus Porto.
Auf in den irischen Frühling.

Bestellbar bei: WISK, 6370 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171 / 73212.



WIEDERHOLUNGSPROZESS GEGEN JÜRGEN TAURAS UND KLAUS DORFF

Frankfurt, den 16.4.80

Am 22.4.80 fängt in Frankfurt/Main der Wiederholungsprozeß gegen Klaus Dorff und Jürgen Tauras an. Beide sind schon seit über 4 Jahren in U-Haft, ohne da- bisher ein rechtskräftiges Urteil zustandegekommen wäre.

Die ursprüngliche Anklage – über die schon einmal, im Jahr 1978, verhandelt worden ist, lautete auf „kriminelle Vereinigung", § 129 (ohne „a", den gab's Anfang 76 noch nicht), 4 Banküberfälle, Waffenbesitz und Urkundenfälschung, womit allerdings über den eigentlichen Hintergrund des Verfahrens nichts gesagt ist.

Die Geschichte, auf der die Anklage nach § 129 StGB beruht, war über eine vom BKA manipulierte Zeugenaussage ins Verfahren eingeführt und durch Pressepropaganda über eine angebliche „Dorff-Tauras-Bande" in der Öffentlichkeit hochgespielt worden. Das Muster ist ja bekannt. Als aber während des ersten Prozesses herauskam, daß die Staatsanwaltschaft Frankfurt zum Zeitpunkt der Anklageerhebung gewußt haben **muß**, daß die den Anklagepunkt § 129 tragende Aussage frei erdichtet war und die „Dorff-Tauras-Bande" ein vom BKA erfundenes Gebilde, daß sie also wider besseres Wissen Anklage erhoben und außerdem sämtliche entlastenden Verfahrensunterlagen beiseite geschafft hatten, versuchte die damals zuständige 23. (Staatsschutz-)Kammer des Landgerichts Frankfurt, diesen Teil der Anklage loszuwerden, ohne drüber verhandeln zu müssen. Obwohl es juristisch gar nicht möglich war, trennte sie den Prozeß einfach in zwei Teile,verhandelt wurde nur noch über die angeblichen Banküberfälle. Im August 78 wurde Klaus zu 13 Jahren verurteilt wegen „Raubs in zwei Fällen", Jürgen zu 7 1/2 Jahren wegen „Raubs in 1 Fall , außerdem jeweils wegen Waffenbesitz, im übrigen freigesprochen. Die Staatsschutzkammer ignorierte sowohl einen Beschluß des Oberlandesgerichts, der die illegale Aufteilung des Verfahrens aufhob, als auch sämtliche Beweisanträge, die die Verteidigung gegen Ende des Verfahrens gestellt hatte. Die Anträge wurden allesamt als „unzulässig" zurückgewiesen, ohne nähere Begründung.

Natürlich war es in Wirklichkeit nicht um Raub und Waffenbesitz gegangen, sondern um die Tatsache, daß Klaus und Jürgen nach den Behauptungen des Staatsschutzes vor ihrer Verhaftung in Zusammenhang mit u.a. Waltraud Boock, Peter Boock und Rolf Wagner gestanden hatten, um die vom Staatsschutz vermutete „psychische Beihilfe" zu den Aktionen der RAF 1977 und darum, daß sie sich in der Verhandlung nicht von der Guerilla distanziert, sondern die Notwendigkeit antiimperialistischen Widerstands hervorgehoben und auf seiner Legitimität bestanden hatten. So wurde das Strafmaß vor allem mit der politischen Gesinnung der Angeklagten begründet, ähnlich wie das später im Prozeß gegen Marion Folkerts geschehen ist: offiziell Ausklammerung des 129/129a, aber inoffiziell, ohne förmlich darüber verhandeln zu müssen, seine Wiedereinführung durch die Hintertür des Strafmaßes, antiimperialistisches Bewußtsein als Ausdruck strafschärfender niederer Gesinnung.

Obwohl die Art, in der die hessische Staatsschutzkammer das Verfahren zu erledigen versuchte, genau dem neuen Konzept Rebmanns entsprach – entpolitisiertes Schnellverfahren, die trotzdem die nach den Umständen höchstmögliche Verurteilung bringen, die Kosten-Nutzen-Rechnung als Grundlage für die Auslegung der StPO – hatte die Revision Erfolg. Im Dezember 79 hob der 3.Strafsenat des BGH das Urteil auf, begründet mit der unzulässigen Zurückweisung der Beweisanträge. In der staatstragenden Presse wurde der Beschluß später als Beweis der „rechtsstaatlichen Entscheidungspraxis" des 3.Senats gefeiert (des gleichen Senats, der sonst Urteile nur aufhebt, wenn ihm die Strafe zu niedrig erscheint und der auch den Beschluß zur Verrechtlichung der Isolationsfolter gefaßt hatte). Die wirklichen Motive für die Aufhebung dürften wohl eher darin gelegen haben, eine Verfassungsbeschwerde der Angeklagten mit ungewissem Ausgang zu vermeiden.

Außerdem ist der Beschluß des BGH voller Tücken: obwohl eine erfolgreiche Revision eines Angeklagten nicht dazu führen darf, daß er im Ergebnis durch das neu zu fällende Urteil schlechter gestellt wird als durch das aufgehobene, ordnete der 3.Senat an, daß über die **gesamte** Anklage neu verhandelt werden muß,einschließlich des § 129 und der Anklagepunkte, von denen Klaus und Jürgen ausdrücklich freigesprochen worden waren. Die 30.Strafkammer des Landgerichts Frankfurt, die erst kurz vor der Revisionsentscheidung des BGH als 2.hessische Staatsschutzkammer gegründet wurde und an die das Verfahren zurückverwiesen worden ist, kann so den ganzen Spielraum der Anklage ausschöpfen, es gibt keine juristische Sicherung dagegen, daß sie nicht dort verurteilt, wo die Vorinstanz freigesprochen hat. Ob sie mit der Anklage viel Freude haben wird, ist ne andere Frage. Schließlich war ihre Vorgängerin, die 23,Kammer, bicht grundlos benüht, alle nicht mehr ins Bild passenden Anklagepunkte auszuklammern.

Der Prozeßverlauf und der Ausgang der Verfahrens wird sicherlich sehr stark davon abhängen, ob es eine politisch bewußte Öffentlichkeit gibt, die die Notwendigkeit erkannt hat, jeden derartigen Prozeß zu verfolgen, durch möglichst augenfällige Präsenz eine gewisse Kontrolle auszuüben und die sich überhaupt Gedanken macht, wie sie der Staatsschutzjustiz auf allen Ebenen ihren Widerstand entgegensetzen kann.

In diesem Sinn ist jeder Staatsschutzprozeß wichtig!

Beginn: Dienstag, 22.4., 9 Uhr, Saal 146 A, Landgericht Frankfurt, Gerichtsstraße, Staatsschutz-Kammer; Mittwoh, 23.4., 9.00 Uhr sowie 12.5., 14.5., 20.5., 21.5., 28.5., 4.6.

Kontakt: Rechtsanwälte Bertold Lay, Hartmut Tschacksch, Kaiserstr. 11, 6050 Offenbach, Tel.: 0611/ 81 30 35.

REVISIONSVERHANDLUNG GEGEN DIE AGIT-DRUCKER

Berlin, 16.4.80

Am 23. April 80 findet vor dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs die Revisionsverhandlung über das Urteil des Berliner Kammergerichts vom 12.2.79 gegen die Agit-Drucker statt.



Zur Erinnerung an den Fall

Am 17.10.1977 waren in West-Berlin eine Anzahl linker Projekte, unter anderem auch die Druckerei Agit-Druck, durchsucht worden. Es ging um Ermittlungen gegen das „Info Berliner undogmatischer Gruppen" (Info-BUG), ein Diskussionsforum, das seit drei Jahren bei AGIT gedruckt wurde. Vier (davon zwei ehemalige) Drucker wurden verhaftet. Drei von ihnen saßen neun Monate in Untersuchungshaft (der vierte hatte nach zwei Wochen Haft gegen 10.000 Mark Kaution und Meldeauflagen Haftverschonung erhalten).

Der Verhaftung ging eine massive Kampagne der Springer-Presse und der CDU gegen das Info-BUG voraus. Auch Bundesjustizminister Vogel forderte nach Lektüre der „Welt" ein scharfes Vorgehen gegen die Verantwortlichen des Info. Da ein Verantwortlicher nicht zu finden war (es gab keine feste Redaktion, die presserechtlich Verantwortliche, Rosa Levine, war über siebzig Jahre alt und lebte in London) geriet die Staatsanwaltschaft - im Zuge von Terroristenhysterie und außerdem nach der Schleyer-Entführung - unter Erfolgszwang. Sie griff bei den namentlich bekannten Druckern zu. Offenbar sollten so zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: erstens konnte man einen Erfolg bei der Bekämpfung des „Sprachrohrs terroristischer Vereinigungen" nachweisen. Und zweitens, da man keine „Terroristen" hatte, wenigstens ein paar gefangene „Terroristenunterstützer" präsentieren. Um diese Präsentation auch möglichst wirkungsvoll zu zu machen, wurde das ZDF-Magazin des Herrn Löwenthal direkt zu der Aktion von Polizei und Staatsanwaltschaft eingeladen.

Am 12. Juni 1978 begann der Prozeß vor dem Berliner Kammergericht, am 12. Februar 1979 wurde das Urteil verkündet: drei mal neun Monate und einmal 12 Monate Gefängnis ohne Bewährung wegen Befürwortung von Straftaten (§ 88a), Beihilfe zur öffentlichen Aufforderung zu Straftaten (§ 111), Beihilfe zur Billigung von Straftaten (§ 140) und Beihilfe zur Werbung für terroristische Vereinigungen (§ 129a). Die „Tat" war das Drucken des Info-BUG, in dem verschiedentlich Erklärungen der „RAF", der „Bewegung 2. Juni" und der „Revolutionären Zellen" abgedruckt worden waren.

Wenn das Urteil rechtskräftig wird....

In der jetzt anstehenden Revisionsverhandlung geht es nur noch um zwei Dinge: inwieweit das Verfahren formal korrekt abgelaufen ist und ob das Recht richtig angewendet worden ist. Sollte dieses Urteil für rechtskräftig erklärt werden, so würde damit ein Grundsatzurteil von weitreichender Konsequenz gefällt werden. Es ist das erste Mal, daß der § 129a auf die Hersteller einer Publikation, und zumal noch die technischen Hersteller, die auf den Inhalt keinen Einfluß hatten, angewandt wird. Das hieß in der damaligen politischen Situation, daß die § 88a u.a. nicht mehr ausreichten, eine bestimmte Diskussion zu kriminalisieren. Das heißt heute, wo eine Diskussion der Abschaffung des § 88a geführt wird, einen griffigeren und wirksameren Paragraphen zur Durchsetzung von Zensur und Selbstzensur zu schaffen.

Die praktischen Konsequenzen sehen folgendermaßen aus:

Der Drucker wird verpflichtet, die Druckvorlage zu zensieren, will er nicht in Gefahr laufen, strafrechtlich verfolgt zu werden. Dies steht natürlich in schönem Gegensatz dazu, daß gegen Drucker, die während des Druckerstreiks 1976 in Frankfurt das Erscheinen eines gegen den Streik gerichteten Artikels verhinderten, wegen Nötigung ermittelt wurde: auf der einen Seite also Pflicht zur Zensur, auf der anderen Nötigungsvorwurf.

Daß diese Verunsicherung bzw. Drohung funktioniert, zeigt die Erfahrung der „tageszeitung", die bei einer Druckerei in den Vertrag den Passus aufnehmen sollte, der die Druckerei berechtigt hätte, bei politisch brisanten Artikeln zum Rotstift zu greifen; das zeigt die Erfahrung des Wagenbach-Verlags, bei dem sich eine Druckerei weigerte, weiterhin Bücher zu drucken, es war ihnen politisch zu brisant.

Das Presserecht wird auf den Kopf gestellt, indem nicht nur der verantwortliche. Redakteut einer Zeitung haftet, sondern auch der Drucker. Das Presserecht, das eine Verantwortlichkeit des Druckers für des Inhalt des Druckerzeugnisses nicht kennt, wird um die strafrechtliche Verantwortung des Druckers nach § 129a erweitert.

Jede Veröffentlichung wird unter mehrfachen Zensur- und Strafvorbehalt gestellt; wer strafrechtlich verfolgt wird, steht zur politischen Disposition der Strafverfolgungsbehörden.

Es wird zweierlei Presserecht geschaffen. Während Presseorgane wie FAZ, Spiegel oder Die Welt Aufrufe der „RAF" und ihrer Kommandos nachdrucken können, kann der Abdruck derselben Aufrufe in Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung für den Drukker bis zu fünf Jahre Gefängnis mit sich bringen. Außerdem die Abstempelung zum „Terroristenhelfershelfer".

In diesem Fall handelt es sich nicht nur um das Info-BUG und um die AGIT-Drucker. Nach den Möglichkeiten des Gesetzes und nach der Logik der Polizei und Justiz kann jeder betroffen werden. Sie nehmen sich das Recht, zu entscheiden, wer in welcher Weise durch die Herstellung einer Zeitung Voraussetzungen für die politische Auseinandersetzung schaffen darf.

Wie sehen die Chancen der Revionsverhandlung aus ?

Die Tatsache, daß der Bundesgerichtshof überhaupt eine Verhandlung angesetzt hat, könnte positiv gewertet werden, denn normalerweise lehnt der 3. Strafsenat gerade in politischen Strafverfahren die meisten Revisionsanträge ohne Verhandlung als unbegründet ab. Was die Rechtsanwendung im Urteil angeht, ist der strittigste und fragwürdigste Punkt wohl die Konstruktion der Beihilfe. Denn bis auf den § 88a konnten die Kammerrichter keinen der anderen Paragraphen direkt anwenden: Beihilfe zur Werbung für terroristische Vereinigungen ect. Nach der bisherigen Rechtssprechung ist das aber bei den

angeführten Straftaten nicht möglich, da diese bereits Formen der Beihilfe darstellen.

Der andere Grund für die Verhandlung kann jedoch der sein, daß es gerade darum geht, ein höchstrichterliches Grundsatzurteil zu fällen, das, wie oben angeführt, den Prozeß der politischen Auseinandersetzung unter ein nicht mehr abzuschätzendes Risiko stellt und damit letzten Endes verhindert.

Damit es nicht dazu kommt, soll soweit wie möglich zu der Revisionsverhandlung die gleiche Öffentlichkeit hergestellt sein, die im Verlauf des ersten Prozesses bestand. Wir lassen uns die Grundrechte nicht von Gesetzgebern, Staatsanwälten und Richtern ad absurdum führen. Wir bestimmen die Inhalte unserer Diskussion. Wir bestimmen darüber, wie und mit wem wir diskutieren. Was diskutiert wird, wird auch gedruckt.

Freispruch für die AGIT-Drucker.

Abschaffung ALLER Zensur-Paragraphen

Kommt zur Verhandlung am Mittwoch, 23. April, 9 Uhr, 3. Strafsenat des BGH in Karlsruhe, Herrenstr. 45a, Saalbau

Zur weiteren Information über den Prozeß gibt es die Broschüre „Das Urteil vom AGIT-Prozeß" (enthält den vollständigen Text des Urteils mit Kommentaren von Walter Jens u.a.). Zu beziehen über Regenbogenvertrieb, Seelingstr. 47, 1000 Berlin.

Kontakt: Constanze Lindemann (ehemals AGIT-Druckerin), beim 'Druckladen', Hamburger Allee 45,6 Frankfurt 90, Tel: 0611/705772



ZUM PROZESS GEGEN IRMGARD MÖLLER

Heidelberg, den 16.4.80

Der Verteidiger von Irmgard teilt mit:

Sie befindet sich jetzt schon seit acht (!) Jahren in U-Haft, eine einmalige Angelegenheit in der deutschen U-Haft-Geschichte.

Am 16.3.76 wurde sie wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" (RAF) zu viereinhalb Jahren verkncackt. Danach wurde sie nicht etwa entlassen, sondern aufgrund der Aussagen des berüchtigten „Kronzeugen" Gerhard Müller am 31.5.79 wegen der Taten, die sie angeblich während ihrer Mitgliedschaft in dieser „kriminellen Vereinigung" begangen haben soll, erneut verknackt, diesmal zu lebenslänglich. Nach Ansicht ihres Verteidigers entspricht diese Tatsache einer Doppelbestrafung, da die angeblich begangenen Taten nach einem BGH-Beschluß von 79 - 3 StR 299/79 - als in Tateinheit mit ihrer Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", für die sie bereits 76 verknackt worden ist, mithin also als eine Tat, zu gelten habe. Die nochmalige Verurteilung am 31.5.79 ist also eine Doppelbestrafung und das widerspricht dem Grundgesetz, Art. 103 III:

„Niemand darf wegen derselben Tat aufgrund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden."

Irmgard Möllers Verteidiger hat deswegen Beschwerde gegen den Haftbefehl eingelegt. Er schreibt: „Wenn ein Interesse besteht in diesem Staat, die eigenen Gesetze und Rechtsgrundsätze zu respektieren und sie auch anzuwenden gegenüber seinen erklärten und grundsätzlichen Gegnern aus der RAF, dann müssen in diesem Land noch Stimmen laut werden, die sich für die

sofortige Freilassung von Irmgard Möller

einsetzen.

Solidaritätsadresse: Landgericht Heidelberg, Strafkammer 6, Kurfürstenanlage 21, 6900 Heidelberg 1.

Kontakt: Rechtsanwalt Rainer Frommann, 1 Berlin 65, Seestr. 43, Tel.: 030/465 72 40.

(über Irmgard Möller vgl. auch ID Nr. 289)

„WAS FREIHEIT IST. . ."

Dieser Bericht stammt von Andreas Rinnert, gegen den zur Zeit ein Ermittlungsverfahren läuft.

Terror des BKA und der BAW:

„Wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF" und „des Verdachts der Planung und Vorbereitung der Gefangenenbefreiung" — so die Ermittlungsbegründung des BGH, wurde am 31.3., durch Bundesanwalt Kube — der auch im Prozeß gegem die Gefangene Angelika Speitel auf der BAW--Bank saß — und drei Bullen, bei mir ne Hausdurchsuchung durchgeführt, die mit der Beschlagnahmung jedem zugänglichen Papers und meiner vorübergehenden Verhaftung zwecks ‚Verhör' und ED-Behandlung endete.

Die Ermittlungsbegründung des BGH bezieht sich zwar auf die inhaltliche Auseinandersetzung, die ich mit Angela seit einem halben Jahr führe, ist aber nicht der zentrale Punkt des Angriffs.

Die Ermittlungen stützen sich auf zwei Sätze aus der inhaltlichen Auseinandersetzung, zum einen, „. . . was Freiheit ist, bestimmen immer noch wir. . .", den ich nach der Urteilsverkündung in meiner Wut Angela schickte. Daraus „entwickelten" die Strategen den Verdacht der Planung und Vorbereitung der Gefangenenbefreiung.

Wochen später zitierte ich in einem Brief an die Gefangene den Gefangenen Siegfried Haag aus seiner Abschlußerklärung, „. . . der Angriff des Kommandos Andreas Baader gegen den Imperialismus, in diesem Sinne bin ich RAF. . ."

daraus ergibt sich die Mitgliedschaft in der RAF. Der BGH versucht nun, diese zwei Sätze aus dem inhaltlichen Zusammenhang zu reißen, um diese durch Umkehrung gegen mich zu verwenden. Dabei ist das Ziel der Strategen, mich zu verunsichern und zu kriminalisieren, um darüber den Kontakt mit der Gefangenen zu kappen und so die Isolation der Gefangenen zu verschärfen.

Die kontinuierliche Entwicklung meiner politischen Arbeit, wobei der Kontakt und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Gefangenen aus dem anti-imperialistischen Widerstandsgruppen ein Teil ist, sowie das Besuchen von Prozessen und der von mir/uns daraus entwickelten Möglichkeiten von Widerstand gegen Entpolitisierung, Liquidationsfahndung, Isolationshaft, Hochsicherheitsträkte etc. ist der zentrale Punkt des Angriffs des BKA/BAW-Gespanns gegen einzelne.

Der Angriff richtet sich natürlich gegen die, die sich nicht durch baum'sche Liberalisierung befrieden und integrieren lassen, die für sich die Notwendigkeit und Möglichkeit von Widerstand sehen und entwickeln wollen.

Kontakt: z.Z. Andreas Rinnert, Dörnigheimer Str. 16, 605 Offenbach, Tel.: 0611/ 86 12 70.

DOKUMENT



Die Frage der Menschenrechte muß revolutionär gelöst werden ! (Auszug)

In der Frankfurter Paulskirche fand am 9.4.80 die Eröffnungsfeier des 5. Internationalen Kolloqiums über die europäische Menschenrechtskonvention statt. Hinter verschlossenen Türen inszenierten die Bundesregierung und ausgesuchte Vertreter des „Europäischen Rechtsraums" den Auftakt zu einem Propagandatheater.

Dieses haben wir gestört, um der faschistischen Realität in der BRD und ihren Versuch, revolutionären Widerstand in der Metropole auszurotten, unseren Widerstand entgegenzusetzen.

Es ist uns gelungen, ihre Sicherheitsvorkehrungen zu hintergehen. Zu Beginn von Vogels Eröffnungsrede entrollten wir mit lautem Parolenrufen ein Transparent:

„Kampf gegen die Vernichtungshaft
Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla
Sofortige Zusammenlegung von Irmgard Möller, Verena Becker, Hanne Krabbe + Angelika Speitel mit den Frauen in Lübck
Freilassung von Günter Sonnenberg!"

Die Sache war für die Faschisten längst nicht gelaufen, nachdem uns 25 Zivilbullen in den Keller geprügelt und uns die Grünen ins Bullenrevier geschleppt hatten. Wichtig und stark war, daß während und nach unserer Initiative drinnen, die Genoss(inn)en draußen durch Parolen, Rufe und Transparente das gleiche Ziel verfolgten wie wir.

Das ganze endete in einer Straßenschlacht, während drinnen über Menschenrechte gequatscht wurde.

Der Charakter ihres geplanten Propagandaspektakels wird daran deutlich, daß sich über 300 imperialistische Schreibtischtäter aus ganz Westeuropa, Kanada, Israel und der Türkei zusammengerottet haben; einige von ihnen führend und verantwortlich an dem Versuch beteiligt, den revolutionären Widerstand zu vernichten. Unter ihnen waren Vogel (Justizminister, SPD), Carstens, Richter Mosler vom Internationalen Gerichtshof (Urteil gegen die Botschaftsbesetzer in Teheran), die Verfassungsrichter Hirsch und Zeidler (Förderer des Kontaktsperregesetzes), Verfassungsrichter Ernst Benda (CDU).

Diese Menschenrechtsshow wurde zum ersten Mal seit ihrem Bestehen in der BRD inszeniert. Sie habens gerade hier nötig, weil die BRD von der westeuropäischen Öffentlichkeit immer mehr als Motor für die Faschisierung in Westeuropa erkannt wird. (. . .)

Konkret wollten wir dieses Schauspiel und das damit beabsichtigte propagandistische Projekt stören, bzw. verhindern, daß es in seiner geplanten Form abgezogen werden kann. Das ist uns gelungen – wie wir später erfahren haben, wollte z.B. das ZDF diese Veranstaltung groß rausbringen und mußte das nach unserer Intervention dann lassen. Stören/Verhindern konnte für uns nur heißen, dem Gequatsche von Menschenrechten die Realität – den Vernichtungsversuch gegen den Widerstand in der BRD und Westeuropa – und unsere konkreten Forderungen für die Gefangenen aus der Guerilla entgegenzusetzen. (. . .)

Gerade drei Wochen vor ihrem Menschenrechtsgerede in Frankfurt haben sie erneut gegen Günter Sonnenberg eskaliert: er wurde nach Bruchsal in die nahezu totale Isolation verlegt. Diese brutalen Bedingungen wirken sich schon jetzt auf sein Erinnerungsvermögen und seine Konzentrationsfähigkeit aus.

Wegen seiner besonderen Situation durch die Kopfverletzung ist es gerade für Günter lebensnotwendig, mit anderen Leuten zusammenkommen zu können. Das belegen auch die medizinischen Gutachten. Deswegen fordert Günter gegen den Versuch seiner Vernichtung und für Lebensbedingungen seine Zusammenlegung in einer interaktionsfähigen Gruppe mit Gefangenen aus der RAF.

Unsere Forderung hier draußen ist: sofortige Freilassung von Günter!!

Die Menschenrechte verwirklichen, für sie kämpfen, heißt: hier im Zentrum des imperialistischen Molochs mit der Guerilla und den Gefangenen eine gemeinsame antiimperialistische Front aufbauen! Gegen ein System, dessen Sache weltweit Ausbeutung, Unterdrückung und Völkermord ist, in dem Kohle alles und das Leben und die Freiheit der Menschen nichts bedeuten –

Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla zu 15
Sofortige Zusammenlegung von Hanne Krabbe, Angela Speitel, Verena Becker und Irmgard Möller mit den 4 gefangenen Frauen in Lübeck!
Freilassung von Günter Sonnenberg!
Solidarität mit dem bewaffneten Widerstand in Westeuropa!

Brief an Gefangene

Die „Gefangenen Kommunikations Hilfe" sucht Leute, von 16 bis ? , die daran interessiert sind, mit Gefangenen einen Briefwechsel zu starten.

Kontakt: GKH, c/o Harald Spiertz,
Fortunastr. 25,
4 Düsseldorf-Flingern
Tel.: 0211/ 686115

SOLIDARITÄT MIT FOLGEN

Aachen 15. April *Im ID 323 und 324 berichteten wir über den lebensbedrohlichen Gesundheitszustand von Gerd Albertus im Knast Köln. 30 Gefangene in der JVA Köln haben sich in einem Protestschreiben für die sofortige Freilassung von Gerd eingesetzt. Über die Folgen dieser Unterschriftenaktion schreibt das Gerd-Enno Komittee (c/o RA Fredeking, Goethestr. 114, 43 Essen):*

Initiator der Aktion ist ein Mitgefangener namens Fred Wunderlich. Nachdem der 6. Strafsenat in Köln und der Landtag die Forderung mit den Unterschriften bekommen und deren Erhalt bestätigt haben, wurde Fred auf Beschluß des Landgerichts Köln, Richterin Bohne, sofort nach Aachen verlegt. Er, der vorher in Normalvollzug gehalten wurde, bekam Sicherheitshaft, d.h. seine Nebenzellen wurden geräumt und er konnte in den ersten Tagen nicht an der Freistunde teilnehmen. Ihm wurde mitgeteilt, daß er sich, weil er Gerd unterstützt, als terroristischer Unterstützer profiliert habe, deshalb diese Haftbedingungen.

Zu diesen Vorwürfen schreibt Fred: „Das was ich für Gerd getan habe, hätte ich für jeden Gefangenen getan, warten sollen oder nichts tun? Gerd geht es gesundheitlich sehr schlecht, ich habe schon zuviele Brüder/Genossen im Knast sterben sehen."

Fred fordert für sich normale Haftbedingungen, er ist seit 28 Monaten in U-Haft und zu „10 Jahren hingerichtet".

Schreibt dem Fred und an das Landesgericht Köln, 8. Gr. Strafkammer und fordert die sofortige Beendigung der Haftbedingungen von Fred.

Briefe an Fred Wunderlich
51 Aachen JVA
Adalbertsteinweg 92

KRANKENSTATION

menschen
vorbestimmt zum leiden
durch geschichte
in die sie hineingeboren

leidende
ohne hoffnung
auf einen augenblick
ungetrübten glücks

hoffnungslose
statt liebe mitleid
und statt mitleid
strafe fürchtend

bestrafte
deren furcht erwartung
und denen erwartung
schicksal geworden

liebende
deren liebe zu hass
und denen hass
zu liebe gewandelt

hassende
denen leben tod
und denen töten
leben bedeutet

lebende
für die realität ein alptraum
und ihr wahn
wirklichkeit ist

geschlagene
denen rausch erlösung
und deren erlösung
träume sind

berauschte
deren sucht zur flucht
in den langsamen tod
geworden ist.....

andy



Ballade vom zufälligen Tod in Duisburg

Duisburg, 10.4.80

Im Juni 1974 fällt (wird?) Günther Routhier im Arbeitsgericht Duisburg die Treppe hinunter. An den Folgen daran stirbt er. Der Liedermacher Walter Mossmann schreibt darüber eine Ballade. Und jetzt, Jahre später, wird ein Mitarbeiter der „Eschhaushefte", Zeitung des Jugendzentrums Eschhaus, wegen Abdruck dieser Ballade verurteilt.
Eine Chronologie der Ereignisse:

Die Geschehnisse am 18.6.74



Schichtende bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen.
Günther Routhier arbeitet als Stahlarbeiter bei Mannesmann.

(aus "Wir wollen alles",Juli 1974)

Zum Tode Günter Routhiers

Bürger der Stadt Duisburg, die am Montag, den 24. Juni den Blick von den Fernseh-Live-Übertragungen der Fußball-WM erhoben und aus dem Fenster sahen, konnten dort eine Live-Übertragung ganz anderer Art miterleben, nicht minder spannend und aufregend: Mannschaftswagen der Polizei in allen Straßen, allen Stadtteilen, Polizisten, bürgerkriegsreif ausgerüstet mit Plastikglasschild und Gummiknüppel, die Schußwaffen wurden nicht so offen getragen. Über der Szene kreisten die Polizei-Hubschrauber, eine Szene, die noch Tage später in allen Kneipen, Postämtern Geschäften etc. regen Gesprächsstoff bot, was angesichts der WM-Hysterie schon was heißen will.

Die Vorgeschichte dieser Tragödie des Rechtsstaates hatte schon ca. 3 Wochen vorher begonnen, und zwar im Saal des Arbeitsgerichtes. Da stand die Klage eines entlassenen Mannesmann-Arbeiters zur Verhandlung. Als das Urteil verkündet wurde, zugunsten des Konzerns gegen den Arbeiter, kam es zu Protesten der Zuhörer, die schnell von zivilen und uniformierten Polizeibeamten eingekreist und zusammengeschlagen wurden.

Zu den Zusammengeschlagenen gehörte auch Günter Routhier, 45 Jahre alt, Frührentner, Sympathisant der KPD/ML. Die Tatsache, daß er Bluter war, daß auch geringfügige Verletzungen bei ihm hätten tödlich verlaufen können, ließ die Polizisten nicht in ihrer Brutalität innehalten. Routhier wurde in die Stuhlreihen geworfen und, schon bewußtlos, an den Füßen die Treppe heruntergeschleift, mit dem Kopf auf die Stufen schlagend, und auf den Boden des Polizeiautos geworfen.

Beteuerungen des 20 jährigen Sohns Günter Routhiers, sein Vater könnte sterben, beeindruckten die Beamten kein bißchen, auch nicht, daß der Schwerverletzte einen Bluterpaß mit sich führte. Einzige Bemerkung eines zivilen Beamten: Wenn Routhier Bluter sei, solle er eben nicht zu einem Prozeß gehen (woraus man wohl schließen kann, daß Schlägereien in deutschen Gerichtssälen zum einzukalkulierenden Risiko gehören).

Im Polizeipräsidium dann die gleiche Prozedur. Günter Routhier wurde, den Angaben seiner Frau zufolge, wieder an den Beinen die Treppe hochgeschleift, erkennungsdienstlich behandelt, in Polizeigewahrsam genommen, keine Reaktion auf seine Krankheit.

Ein Notarzt, der dann doch herbeigerufen wurde, begnügte sich damit, dem bewußtseinsgestörten mal ins Gesicht zu klatschen und sagt: der kommt gleich wieder zu sich. Und: Die Polizei würde schon keinen Unschuldigen zusammenschlagen. Ein Nervenarzt, den Routhier nach seiner Entlassung aus dem Polizeigewahrsam konsultiert, sagt, seine Übelkeit rühre her vom vielen Rauchen, fertig.

Eine Woche lang verschlechtert sich Routhiers Gesundheitszustand, er kommt ins Krankenhaus, eine weitere Woche später ist er tot.

Was sich nun in Gang setzt, ist, wie oben bereits gesagt, eine Tragödie des Rechtsstaates.

Die von der Staatsanwaltschaft verfügte Obduktion in der Essener Universitätsklinik findet, entgegen der üblichen Praxis, ohne das Beisein von Studenten statt. Danach gibt der Staatsanwalt bekannt: Der Tod Routhiers sei nicht auf Gewalteinwirkung zurückzuführen (obwohl Blutungen im Gehirn festgestellt wurden).

Der Duisburger Polizeipräsident Jürgensen verbietet eine Demonstration der KPD/ML mit der Begründung, in der Vergangenheit seien zahlreiche Mitglieder dieser Partei festgenommen worden (sic!) und diese Partei habe immer wieder zur Gewalt gegen Staatsorgane aufgerufen. Statt dessen fanden an mehreren Stellen der Stadt kurze, improvisierte Kundgebungen statt.

Für den Tag der Beisetzung Günter Routhiers, am 24. Juni, wurde ein Trauerzug angemeldet, und zwar nicht von der KPD/ML, sondern von der Familie des Verstorbenen. Jedoch wurde an die KPD/ML eine Mitteilung des Polizeipräsidenten geschickt, der Trauerzug sei, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit versteht sich, verboten. Bereits am Montag Morgen waren von Polizeikräften alle Zufahrten nach Duisburg abgesperrt. Schon am Kamener Kreuz, rund 70 Kilometer von Duisburg entfernt, wurden Autos angehalten und durchsucht. Ganze Bus-Besatzungen, die nach Duisburg unterwegs waren, wurden festgenommen. Als sich trotzdem vor dem Haus von Routhiers Mutter ca. 5 000 Demonstranten versammelten, um sich zum geplanten Trauerzug zu formieren, blickten sie einem erheblichen Polizeiaufgebot entgegen, das aus ganz Nordrheinwestfalen zusammengezogen war. Die Trauerkundgebung wurde unmöglich gemacht, die Versammlung löste sich auf, um sich an einer anderen Stelle neu zu formieren, was immer wieder vereitelt wurde. Polizisten stürmten in den friedlichen Trauerzug hinein, rissen die Schleifen von den Kränzen ab und zerrissen die Kränze. Zeugenaussagen zufolge wurde dabei mit größter Brutalität vorgegangen.

Während der Beisetzung auf dem Neuen Friedhof kreiste ein Hubschrauber mehrmals sehr tief über den Trauergästen. Nach der Beisetzung wurde der Friedhof von Bereitschaftspolizisten mit MP bewaffnet, durchkämmt. Eine von der KPD/ML angekündigte Kundgebung in der Mercatorhalle wurde kurzfristig verboten, was bei einer zugelassenen politischen Partei nicht geht, also gegen geltendes Recht verstößt. In allen Stadtteilen fuhren Kolonnen von Mannschaftswagen, der Hauptbahnhof wurde abgesperrt und durchkämmt, ebenso Gaststätten, wo die Polizei nach Menschen in Trauerkleidung Ausschau hielt und, wen sie fand, festnahm oder zusammenknüppelte oder beides.

Bilanz einer Bürgerkriegsübung: Ca. 120 Festnahmen, einige Verletzte, darunter 15 Polizisten, zahlreiche beschlagnahmte Autos, Fahnen, Schraubenzieher (die berühmten „Hieb- und Stich-Waffen", von denen dann im Polizeibericht die Rede war) und das angekratzte liberale Image eines Polizeipräsidenten, der des öfteren mit seinen „Der Feind steht rechts" – Aussprüchen auf sich aufmerksam machte.

Wer am folgenden Tag den Gesprächen Duisburger Bürger zugehört hat, merkte, daß sie von einem Schock ergriffen waren: dem Trauma der öffentlichen Sicherheit.

Ein Genosse aus Duisburg

Die Dinge nehmen ihren Lauf

Der Liedermacher Walter Mossmann setzte sich an den Schreibtisch und schreibt über die Vorgänge in Duisburg das Lied: „Die Ballade vom zufälligen Tod" (siehe Kasten). Die Hauspostille des Kommunikationszentrums ‚Eschhaus' druckt im Dezember 78 die Ballade ab. Und schon schlägt die Staatsanwaltschaft zu und erhebt Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Eschhausheft e".

Achim vom ‚Eschhaus' schreibt zum Ablauf des Prozesses:

BILLIG DAVONGEKOMMEN ?

Fragt sich nur, wer: Der Angeklagte oder das Gericht!

Einige Gedanken zu dem Urteil im Routhier/Moßmann-Lied-Prozeß gegen Eschhausmitarbeiter Rammi:

Im Namen des Volkes...

„10 Tagessätze a 20 DM, die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte...", so verurteilte am 27. Februar der Richter am Amtsgericht Duisburg Wölting den Eschhaus-Mitarbeiter Rammi, weil dieser sich gegen das Landespressegesetz vergangen habe, hieß es. Genauer: Gegen den § 22, Nr. 3. Was sich da hinter trokkenem Juristendeutsch verbirgt, ist die schlichte Tatsache, daß Rammi angekreidet wird, als ehemaliger Geschäftsführer des Zentrums und vor allem als Ex-formal-verantwortlich-Zeichnender für das Eschhausheft damals im Dez. '78 nicht für ein korrektes Impressum gesorgt zu haben, als darin Walter Moßmanns berühmtes Routhier-Lied „Ballade vom zufälligen Tod in Duisburg" erschien.

Der Polizeipräsident und überdies noch der Leiter der Duisburger Staatsanwaltschaft fühlten sich beleidigt, weil in dem Lied ein ursächlicher Zusammenhang hergestellt wird, zwischen Polizei und Justizbehörden einerseits und dem Tod des Frührentners Günter Routhier andererseits.

200 DM Geldstrafe plus Prozeßkosten: ca. 2000 Mark Prozeßkosten, die auf die 200 Eier Strafe draufkommen. Ganz so billig, wies auf den ersten Blick erscheint, ist das Urteil also mitnichten.

Dennoch wirkt es — oberflächlich betrachtet — sehr milde und wenig spektakulär. Gerade letzteres sollte mit diesem Urteilsspruch offenbar bewirkt werden: Es sollte wenig Aufsehen erregt werden.

Eine lästige Sache möglichst schnell und billig vom Tisch kriegen

Aber: Es sollte auch bewiesen werden, daß dieser Staat es nicht ungesühnt läßt, wenn einer öffentlich Zweifel anmeldet an der unbedingten Untadeligkeit eben dieses Staates und seiner Gewalten: Polizei und Justiz — und sei es auch nur in einem zitierten Lied, das zuvor hunderte Male vor tausenden von Leuten gesungen, in Büchern und auf Schallplatten veröffentlicht wurde. Der muß allerdings damit rechnen, daß dieser Staat sich einen Schuldigen sucht, den er zur Rechenschaft ziehen kann, stellvertretend für alle, die solches reden, schreiben, denken.

Das hat dann auch mit all dem, was damals am 5.6.1974 im Arbeitsgericht Duisburg geschah, als G. Routhier festgenommen wurde, unter ungeklärten Umständen auf der Treppe des Gerichtes zu Fall kam und dreizehn Tage später an einer Gehirnblutung verstarb — das hat mit all dem nichts mehr zu tun! So zumindest will es die Polizei, so will es die Staatsanwaltschaft und so will es offensichtlich auch das Gericht. Das hat dieses Dreigestirn in rund 1000 Strafverfahren, die bis heute um den Routhier-Tod gelaufen sind, zur Genüge bewiesen.

Es gibt eine Mauer von Sprachlosigkeit, an die Niemand tasten soll!

Der erste Prozeßtag deutete bereits an, wo es in diesem Routhier-Prozeß (ver-

DIE BALLADE VOM ZUFÄLLIGEN TOD

Im Jahre vierundsiebzig kam
ein Mann umsonst nach Mannesmann
der war entlassen so über Nacht
der hat im Streik zu laut gedacht
und sich um seinen Job gebracht

Im Juni vierundsiebzig dann
klagte er gegen Mannesmann
in Duisburg vor dem Arbeitsgericht
ach, das Gericht war taub und blind
Recht gegen Reichtum gibt es nicht

In dem Gerichtssaal war es heiß
mancher Mann schrie laut, wie ich weiß
und ein Gesang kam aus dem Geschrei
die „Internationale" tönt
häßlich im Ohr der Polizei

Die schlugen zu mit kaltem Blut
ich weiß, die schlagen gern und gut
grade aufs Kommunistenpack
schlagen mit Lust auf deinen Kopf
schlagen auf Maul und Bauch und Sack

Günter Routhier war auch dabei
in der Gewalt der Polizei
er war ihr Opfer — ich sag es laut
grad weil der Richter jeden jagt
der sich das laut zu sagen traut

Günter Routhier schmissen sie
die Treppe runter wie ein Vieh
schleppten ihn aufs Präsidium
schleiften ihn dort -kopfunter- hoch
brachten ihn um, ja brachten ihn um

Zwei Wochen später war er tot
und in der Stadt gabs ein Verbot
verboten wurde ein einziges Wort
Seht nur, die mörder machen Jagd
bloß auf ein Wort und das heißt „Mord"

Wenn du das Wort geschrieben hast
fliegst du gleich in den nächsten Knast
Mensch, diese Mafia ist ja so frei
die Gängster heißen hierzuland
Staatsanwalt oder Polizei

Zehntausend kamen zum Leichenzug
zehntausend waren schon genug
daß auch der Staat zur Leiche kam
und als das Blut in Duisburg floß
floß auch der Sekt bei Mannesmann

Jetzt liegt ein Schweigen über der Stadt
jeder, der dort das Sagen hat
redet kein Wort und bleibet dabei
Nein, die Gestapo gibt es nicht!
aber es gibt die Polizei

Ein Professor aus Münster stand
mit einem Flugblatt in der Hand
stand da in Duisburg aber nicht lang
kurz ist der Weg vor ein Gericht
in dieser Stadt von Mannesmann



(Walter Mossmann)

Der Richter sagt: „Mir ist egal
ob Totschlag oder Unglücksfall
auf jeden Fall Beleidigung
In dem Gesetzbuch steht ganz klar:
Die Polizei bringt keinen um!"

Der Professor sagt dem Gericht:
„Aufklärung ist doch meine Pflicht!
Ein Mörder lebt - ein Opfer ist tot."
Wenn der noch lange nach der Wahrheit sucht
findet er sein Berufsverbot

Doch, wer da kämpft, weiß, daß er lebt
wer nicht an seiner Karriere klebt
wird für die Freiheit auch nicht zu schwer
kämpfen tut Not. s'ist höchste Zeit!
Zähl mal, die Toten werden mehr!

Der Benno Ohnesorg war hin
am 2. Juni in Berlin
Denk an die Schüsse auf Georg von Rauch -
denk an den nackten Schotten, dem
schossen sie ungestraft in den Bauch

Herr Staatsanwalt, laß sein ich bitt
lass unversehrt mein armes Lied
Wenn es auch nicht die Staatsmeinung meint
immerhin hab ich recht und schlecht
das, was zu sagen war, gereimt!

Sind wir schon so zusammengestaucht
daß einer Sklavensprache braucht
der von Verbrechen spricht der Polizei
Mensch, wo die Sklavensprache herrscht
herrscht doch schon längst
die Sklaverei!

mutlich einem der letzten) langgehen sollte: Von fünf Beweisanträgen der Verteidigung wurden vier (!) abgelehnt. Der Antrag, einen Kunstsachverständigen zu laden, der bezeugen sollte, daß es sich bei dem Moßmann-Lied um ein Kunstwerk handelt, für das andere Maßstäbe gelten als für „normale" Aussagen, wurde abgelehnt, weil dies als wahr (!) unterstellt werden könne. Walter Moßmann selbst als Zeugen zu laden, weil der schließlich der Urheber des Liedes ist und er am ehesten etwas zu der Absicht sagen kann, in der er es geschrieben hat, wurde abgelehnt, weil all das, was Walter aussagen würde 1. als wahr unterstellt werden könne und 2. nichts zur Sache täte (das Verfahren gegen ihn wurde zuvor eingestellt).
Die wichtigsten Zeugen aus den früheren Routhier-Prozessen zu laden, um mit deren Hilfe noch einmal das Geschehen von damals zu beleuchten und somit den Wahrheitsbeweis anzutreten, wurde abgelehnt, weil dies nicht zur Sache gehöre! Die damalige Eschhaus-Redaktion als Entlastungszeugen zu laden, damit diese über die Arbeitsweise innerhalb der Redaktion Aufschluß geben könnten, wurde ebenfalls abgelehnt, weil das, was wir sagen würden, als wahr unterstellt wurde. Lediglich das Krauland-Gutachten sollte verlesen werden dürfen, das eindeutig zu dem Ergebnis kommt, daß die Gehirnblutung, an der Günter Routhier letztendlich gestorben ist, auf eine Gewalteinwirkung von außen zurückgeführt werden muß — und eben nicht auf ein krankhaftes Trauma, das in einem früheren Gutachten von Prof. Adebar als mögliche Todesursache eingeräumt wurde.
Auf jenes Adebar-Gutachten stützen sich übrigens sämtliche Verurteilungen, auch die, die nach Erstellung des Gegengutachtens gesprochen wurden, d.h. nachdem gegensätzliche Erkenntnisse vorlagen!

Rechtsstaat in Aktion

Das Krauland-Gutachten war also das einzige, was auf Antrag der Verteidigung verlesen werden durfte. Das erscheint inkonsequent, machte aber auch nicht allzu viel Mühe, man nahm's zur Kenntnis (oder auch nicht), hörte sich noch die Erläuterungen der Anwälte an... Man nahm's hin — und fertig. Das hat mit Routhier rein gar nichts zu tun — hier geht's um eine simple Beleidigungsklage. So war die Marschrichtung. Nun erwies sich erwartungsgemäß das Laden der Redaktion als Belastungzeugen zumindest für die Anklage als Windei, legten wir doch klar, daß Rammi von der Veröffentlichung des Liedes gar keine Ahnung gehabt hatte, geschweige denn: diese auf sein Betreiben hin passiert wäre. Aber da gibt's ja Tricks und Schliche genug in der Juristerei: Wenn schon nicht § 185 (Beleidigung) und § 186 (üble Nachrede), dann muß doch wenigstens § 22, Nr. 3 LPG herhalten (Verstoß gegen herausgeberische Pflichten) — das macht vom Endergebnis her keinen Unterschied: „Die Geldstrafe kann hier bis zu 10 000 DM betragen", wie der Staatsanwalt eindrucksvoll erläuterte. Er beantragte dann auch prompt die 200 Mark Strafe, „mit Rücksicht auf die beschränkten Einkünfte des Angeklagten", nett, ne? Kurzerhand wischte er mit Rücksicht auf die beiden Schöffen (die eh' nicht durchblikken, aber beim Urteil wenigstens zahlenmäßig eine Rolle spielten), den Anwälten eins aus, indem er für sich formulierte, er wolle sich kurz fassen, weil von der Verteidigung ein längeres Plädoyer zu erwarten sei, bei dem vermutlich einiges enthalten wäre, das „neben der Sache" liege.

Die Anwälte gingen auf diesen schnoddrigen Anwurf durch den Vertreter des Staates ein, indem Rechtsanwalt Conradis sagte, daß er eigentlich nicht in passender Weise antworten könne, weil er dann nämlich sein nächstes Ehrengerichtsverfahren riskieren würde. (Er hat wegen einer solchen Äußerung — übrigens in einem Routhier-Prozeß — gerade ein solches „Ehrengerichtsverfahren" hinter sich, bei dem er allerdings freigesprochen wurde). Rechtsanwalt Ahues erinnerte an den § 6 der Menschenrechtskonvention, der ein „fair trial" fordert. Das sei unter solchen Umständen kaum zu erwarten. Ahues deutete gleichzeitig „eine starke Tendenz in Düsseldorf" an, in diesen Prozessen den Wahrheitsbeweis zu verhindern.

Die Anwälte zählten all die Gründe auf, weswegen dieser Prozeß eigentlich gar nicht hätte stattfinden dürfen: Die Problematik des Beleidigungsparagraphen 185, der nur bei Personen, nicht aber bei Institutionen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Richter) anwendbar ist, die Freiheit der Kunst, die Tatsache, daß das Lied zuvor unzählige Male straffrei veröffentlicht worden ist & praktisch keiner ernsthaft behaupten kann, daß Auge und Ohr des Gesetzes dieses Lied in den nunmehr fünf Jahren, da es verbreitet wird, entgangen sein soll... — und dann (endlich) in Duisburg, am Ort des traurigen Geschehens, als es da Jahre später vom „Eschhausheft" abgedruckt wird, da wird plötzlich zugeschlagen! Kaum zu glauben...

Da kann doch unmöglich dieses Lied der Stein des Anstoßes sein. — vielleicht der Veröffentlicher ? ? ?

Die Verteidigung machte nochmals die Schwierigkeiten deutlich, mit denen jeder rechnen muß, der in diesem Lande seine Meinung freimütig äußert: „Die Meinung (und damit verbunden auch die Presse) ist frei", so will es das Grundgesetz. Aber wer kennt schon die Vielzahl der Pressegesetze, die dieses Recht einschränken? " Eine Zensur findet nicht statt", heißt es im § 5 des Grundgesetzes, — das stimmt auch, — sieht man von der strafrechtlichen Nachzensur großzügig ab.

„JEDER KANN HIER SAGEN, WAS ER WILL, NUR MUSS ER SEINEN NAMEN DARUNTERSETZEN, DAMIT MAN IHN SPÄTER DAFÜR BESTRAFEN KANN." (RA Ahues) — Eine bittere Wahrheit. Denn „Das Problem der freien Meinung fängt spätestens da an, wo jemand mit gedruckten Gedanken überhaupt eine Straftat begehen kann!" (ders.)

Es hilft alles nichts: Rammi wird verknackt: zu 200 DM, gerade so, wie der Staatsanwalt es sich vorgestellt hat — und die Prozeßkosten obendrauf, anders als die Anwälte beantragt hatten. Mit Routhier hatte dieser Prozeß rein gar nichts zu tun. Es ging alles nur um eine simple Beleidigung, besser gesagt: ein Formfehler. Der Missetäter ist bestraft, nicht zu hart, aber empfindlich, — hoffentlich gibt er jetzt Ruh' & all



Das Hohe Gericht

die anderen. Wir haben doch wirklich genug Verfahren erlebt, Urteile gesprochen, Zeit vergehen lassen....

— Denkste! — Rammi geht in Berufung. Der Prozeß gegen Volker, den Jungdemokraten aus Moers, der das Lied in „LISA-Intim" nachgedruckt hat, steht noch aus. Am 28.4. ist Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den Münsteraner Soziologieprofessor Christian Sigrist. Der ist bereits dreimal verurteilt worden, wegen „Beleidigung der Duisburger Polizei" und wegen „Verunglimpfung des Staates". Konkret: wegen Flugblattverteilens bzw. wegen eines Diskussionsbeitrages, — alles „in Sachen Routhier". Am 28.4. ist also Prozeßtermin, desgl. am 8. Mai, beides vor dem Landgericht Münster, Gerichtstr. 2, Zimmer 24.

Kontakt: Redaktion „Eschhausheft", c/o Zentrum Eschhaus, Niederstr. 32 - 34, 41 Duisburg 1, Tel. 0203/25141



HAUSBESETZUNG: Musikantenweg 4

Frankfurt 15. April *Am Samstag, den 15. April versuchten 40 Personen ein Haus in Frankfurt-Bornheim, Musikantenweg 4, zu besetzen. Die Besetzer schreiben dazu:*

„Ca. 14 Personen gelang es, in das Haus, gegen 8 Uhr, einzudringen. Mit Renovierungsarbeiten wurde sofort begonnen.

Gegen 9 Uhr wurde der Eingang vorübergehend von 16 - 20 Polizisten des zuständigen Polizeireviers abgeriegelt. Als eine Person versuchte, über den Zaun in den Vorgarten des Hauses zu gelangen, begannen die Polizeibeamten ohne Verwarnung auf die Personen mit Gummiknüppeln einzuschlagen, dabei wurden auch anwesende Journalisten (FR) tätlich angegriffen. Eine Person wurde vorübergehend festgenommen. Unmittelbar nach diesem Vorfall rückte eine Einheit der Frankfurter Schutzpolizei an. Die Besetzer verbarrikadierten die Eingangstür und die vorderen Fenster. Zwischen den Anwälten der Besetzergruppe und dem Hauseigentümer entwickelte sich ein vorübergehendes Gespräch über einen Nutzungsvertrag. Der Hausbesitzer erstattete trotzdem Strafantrag wegen Hausfriedensbruch.

Gegen 10 Uhr rückte eine Hundertschaft der Wiesbadener Bereitschaftspolizei an. Die auf der Straße vor dem Haus anwesenden Sympathisanten setzten sich, um eine Räumung zu verhindern, daraufhin auf die Straße. Nach 3-maliger Aufforderung der Polizei, die Straße freizugeben, kamen die Sitzenden in Anbetracht eines herannahenden Wasserwerfers, der Aufforderung nach und sammelten sich Musikantenweg, Ecke Herderstraße. In einem Gespräch mit dem Hausbesitzer und dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Vogel versuchte den Anwalt der Hausbesetzer dem Hauseigentümer Fränkel zur Rücknahme des Strafantrages zu bewegen, dieses wurde, nachdem er das Haus von innen besichtigt hatte, abgelehnt. Zur gleichen Zeit postierten sich im Haus ca. 10 Polizisten. Alle im Haus anwesenden Besetzer mußten sich daraufhin im Erdgeschoß aufhalten. Gegen 12 Uhr verließen die Besetzer das Haus, mit der Auflage, die Personalien anzugeben. Nach Angabe der Personalien konnten die Besetzer die von ihnen mitgebrachten Sachen aus dem Haus entfernen. Das Haus wurde gegen 13 Uhr von der Feuerwehr gesichert.

Abschließend meinen die Hausbesetzer:

Die Situation zur Zeit auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt weist ca. 30 000 Wohnungssuchende und ca. 200 leerstehende Häuser auf. Diese Häuser werden von ihren Besitzern verfallen lassen bzw. mutwillig zerstört und dienen als Spekulationsobjekte. Es ist für eine Wohngemeinschaft heute nahezu unmöglich, eine Wohnung zu angemessenem Mietpreis zu finden.
Wir hatten beschlossen, bei unserer Hausbesetzung keine Gewalt anzuwenden.
Die handgreiflichen Auseinandersetzungen wurden von der Polizei provoziert. Unser Ziel lag in einem Nutzungs- bzw. Mietvertrag, welchen wir dem Besitzer anboten. Wir hatten vor, das Haus auf eigene Kosten zu renovieren, dieses wurde dem Besitzer mitgeteilt.

Herr Fränkel war anscheinend am Anfang sehr unsicher, er billigte eine vorübergehende Nutzung bis Montag zu, er sagte: Zitat "Macht doch was ihr wollt", er änderte jedoch seine Meinung, nachdem er zu einer Besprechung in einen Einsatzwagen der Polizei gebeten wurde. Später als Herr Fränkel unter dem „Schutz" der Polizei das Haus besichtigte, beschimpfte und beschuldigte er uns: Zitat "Läusepack; ihr habt die Wasserhähne rausgerissen; ihr habt die Zähler abmontiert", ein direkt darauf folgendes Zitat von ihm: „ich habe es selbst gemacht".

Die im Haus tätigen Polizisten verhielten sich uns gegenüber sehr diszipliniert. Das Aufgebot der Polizei entsprach in keiner Weise der Relation (Wasserwerfer, Gefangenentransporter.)
Wir können es nur als Provokation gegen uns werten..
Wir haben weiterhin vor, um unsere Wohnungssituation zu lösen, um zusammenzuleben, uns nach anderen Häusern umzusehen. Wir haben keine Angst vor einer strafrechtlichen Verfolgung, vielmehr betrachten wir es als unsere Pflicht durch solche Aktionen auf die Wohnungsnot aufmerksam zu machen. Wir machen weiter.

Kontakt: Reiner Grunert, Wienerstr. 27 6 Frankfurt 70



KEIN POLITISCHES MANDAT FÜR JUGENDZENTREN

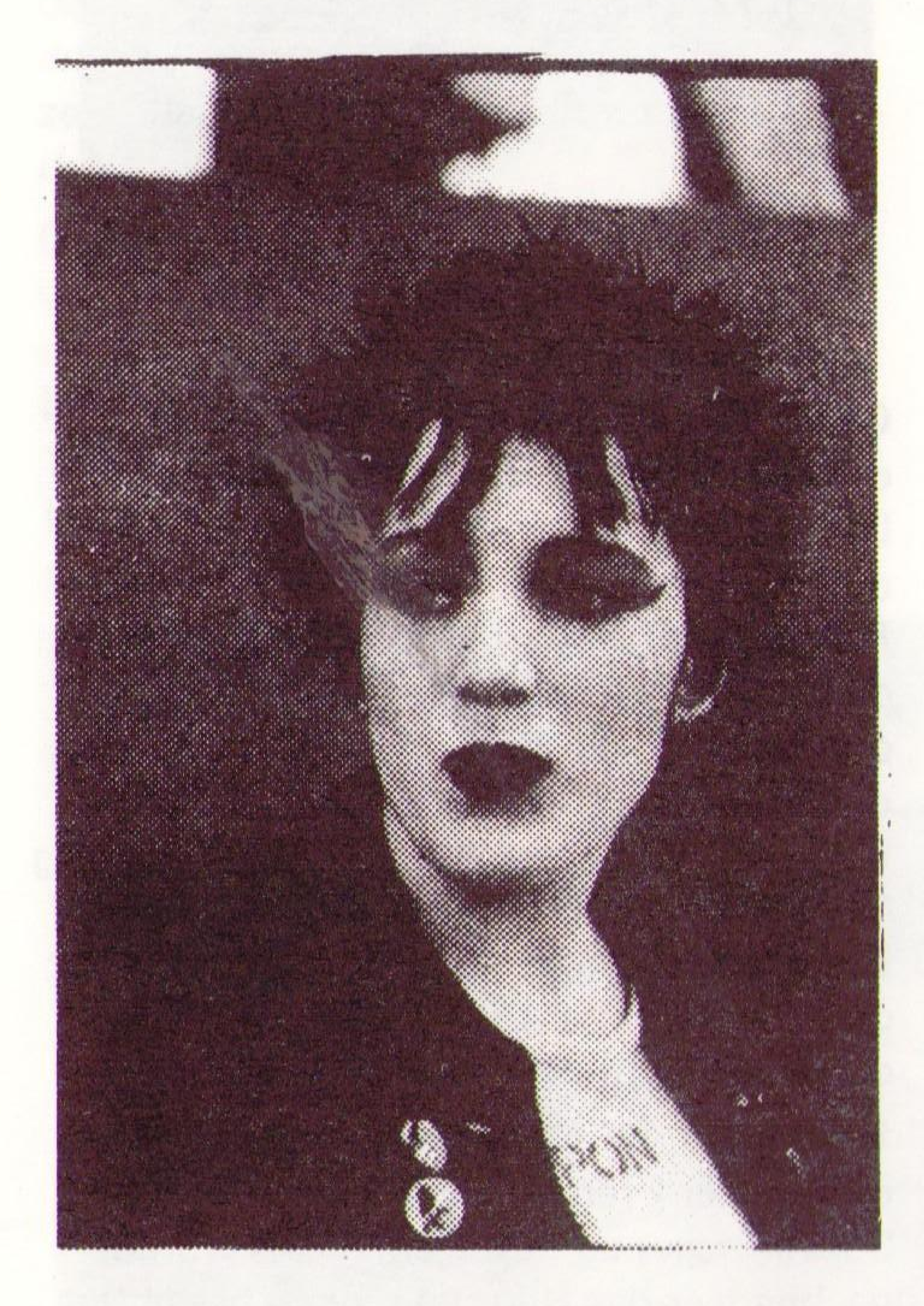
Schramberg, 9.4.80

Durch einen Miet- oder Nutzungsvertrag will die Schramberger CDU-Fraktion die Selbstverwaltung im Jugendhaus einschränken. Anlaß dazu war die Gründungsversammlung einer SDAJ-Gruppe im Jugendhaus (s. ID 317). Die Leute vom Jugendhaus schreiben dazu:

Auch wenn es in letzter Zeit wieder ruhig gewesen ist, um die Schwierigkeiten des selbstverwalteten Schramberger Jugendhauses mit der CDU-Fraktion, so ist der Konflikt um den neuen Miet- oder Nutzungsvertrag noch keineswegs ausgestanden. Entsprechend dem von der CDU-Mehrheit durchgesetzten Antrag in der Verwaltungsausschußsitzung vom 20.12.79 war in der Zwischenzeit Bürgermeister Grüner (CDU) mit dem Verfassen eines Entwurfs für den vorgesehenen Vertrag beschäftigt (das Sozialamt hatte es abgelehnt, diese Aufgabe zu übernehmen). Dieser Entwurf eines NUTZUNGSVERTRAG ist uns am 28. März zugesandt worden. Gleichzeitig wurden wir zu einer Besprechung über den Entwurf eingeladen, an der Bürgermeister Grüner und die Leiter des Sozial- und des Liegenschaftsamtes teilnehmen werden.

Der Vertragsentwurf sieht noch schlimmer aus, als wir ihn uns vorgestellt haben und wir werden ihn so auf keinen Fall unterschreiben. Besonders den § 3 werden wir so nicht annehmen:

"Der Jugendhausförderverein verpflichtet sich, sämtliche im Jugendhaus stattfindenden Veranstaltungen in eigener Verantwortung durchzuführen. Anderen juristischen oder natürlichen Personen



dürfen Räume und Einrichtungen nicht ständig und regelmäßig überlassen werden. Dies gilt auch für Lagerung von Werbematerial, sowie Plakatierung von Wänden im Jugendhaus und an Außenwänden durch politische Gruppen."

Während es in der Verwaltungsausschußsitzung des Gemeinderats noch darum ging zu verhindern, daß im Jugendhaus "Parteizentralen" (CDU-Fraktionschef Halusa) entstehen, also die Aktivität von parteipolitischen Gruppen aus dem Jugendhaus zu verdrängen, ist der Vertragsentwurf jetzt so formuliert, daß auch die DFG/VK ihre regelmäßigen Beratungen für Kriegsdienstverweigerer nicht mehr im Jugendhaus durchführen kann.

Solche Einschränkungen sind dann natürlich in Verbindung mit § 9 des Vertragsentwurfs zu sehen, wonach der Stadt Schramberg ein außerordentliches fristloses Kündigungsrecht zusteht, wenn nachgewiesen wir, daß der Jugendhausförderverein seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt. Zu der Beratung zwischen Vertretern der Stadt Schramberg und des Jugendhauses, die Anfang Mai stattfinden wird, werden wir einen von uns entworfenen Alternativentwurf vorlegen.

Es wird sich erst nach dieser Besprechung zeigen, wann wir wieder mit grösseren Aktionen an die Öffentlichkeit treten können. Möglicherweise wird die entscheidende Gemeinderatssitzung, bei der der Vertragsentwurf abgesegnet wird, erst nach der Sommerpause stattfinden. Wir werden daher größere Aktionen (wie z.B. überörtliche Demonstrationen) noch aufschieben.

Alle Leute und Gruppen, die unseren Kampf um die Selbstverwaltung unterstützen wollen, sollten daher nicht vergessen, auch wenn's zeitweilig ein bißchen ruhig um uns wird. Wir werden euch weiter über den ID auf dem laufenden halten.

Die bisherige Unterstützung von anderen Jugendhäusern in Form von Leserbriefen und Solidaritätserklärungen hat uns bereits genutzt. Wir haben den Eindruck, daß Schrambergs CDU-Fraktion unsere breite Öffentlichkeitsarbeit und die Reaktionen aus dem ganzen Ländle nicht erwartet hat und daß ihnen das gar nicht so recht ist. Ihr könnt uns also weiterhin helfen, wenn ihr euch von überallher mit uns solidarisiert und zwar so, daß die Schramberger CDU und die Öffentlichkeit etwas davon merkt.

Wer es noch nicht getan hat, sollte also Solidaritätserklärungen schreiben an: **Bürgermeister Grüner, Rathaus, 7230 Schramberg und Leserbriefe an die beiden Lokalzeitungen: Schwarzwälder Bote und Schwäbische Zeitung, Lokalredaktionen, 7230 Schramberg — und bitte schreibt alles mit einem Durchschlag an uns: Jugendhaus in Selbstverwaltung, Schloßstr. 10, 7230 Schramberg**

HUNGERSTREIK FÜR DIE BEFREIUNG ALLER MINDERJÄHRIGEN

Kassel, 16.4.80

Seit Samstag, 19.3.80, streiken Kinder und Jugendliche in Kassel, Erlangen, Hannover, Frankfurt und Berlin. In diesem Hungerstreik, der auf öffentlichen Plätzen veranstaltet wird, geht es um Abschaffung der Schulpflicht, des Schutzalters (§ 174 - 176 StGB), das Scheidungsrecht von den Eltern, das Recht, von zuhause auszuziehen. Außerdem wird noch die Forderung nach Abschaffung aller Erziehungsheime erhoben (s. auch ID 329).

Folgenden Bericht erhielten wir von hungerstreikenden Kindern aus Kassel:

Heute ist der 12. Hungerstreiktag. Nach 9 Tage werden folgen. Immer noch Unmut und Empörung bei den Bürgern, die vorbeilaufen und das Plakat lesen. Arbeiten sollen wir gehen. Wenn die wüßten, was wir manchmal schuften. Jugendliche sehe ich selten, und wenn sie mal auftauchen, kommt kaum ein Gespräch zustande. Auch die schon voll von Vorurteilen und Erwachsenenspielchen. Gestern kam einer und schlug auf mich ein. Heute setzten sich drei dazu und merkten nicht, wie sehr sie auch schon drinstecken.

Ich hab Angst, wieder zusammengeschlagen zu werden und laß die Gaffer reden. Wenn alles schlimmes mit ihnen passiert. Gefragt werden sie nicht, was sie wollen. Deshalb immer alles über Erwachsene laufen lassen.

Ich hoffe noch auf Verstärkung. Vielleicht trauen sich dann Kinder zu uns. Die Innenstadt ist voll von Überfluß und Gewalt. Überall auseinandervorbeirennen, ohne Unterlaß. Hier wird von Vergasen und Arbeitshaus geredet. Wieder passiert ein Kinderselbstmord.

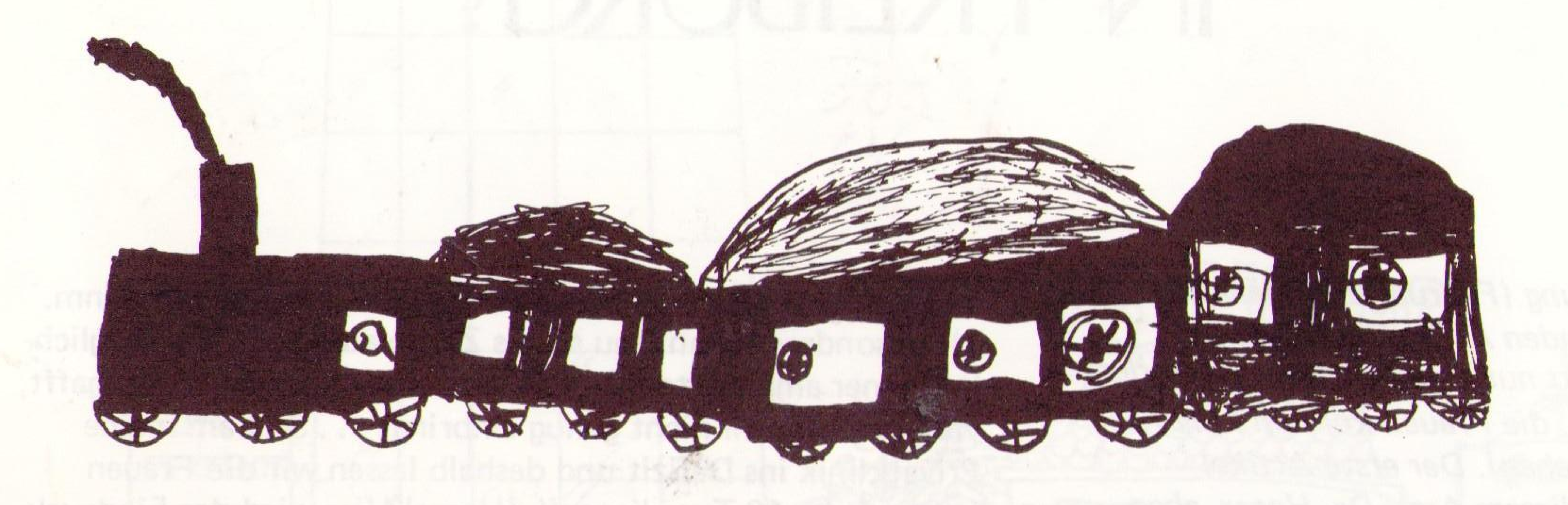
Nicht mal die Linken unterstützen uns. Die Schwulen zögern. Ist eure Kindheit schon soo unendlich verschüttet?

Der Entzug von Zärtlichkeit ist ein Erwachsenenverbrechen. Das schwerste, was ich kenne. Sie fliehen sich nur ständig und schweigen damit ihre Kindheit tot. Schon deswegen ist der Hungerstreik das einzige Mittel, sich wirksam dagegen aufzulehnen, auch wenn sich der Erfolg erst später einstellt.

Schnuckel/Kassel

Im Hungerstreik für die Befreiung aller Minderjährigen, vollständige Gleichberechtigung aller Kinder und Jugendlichen!

PS: Die ESG (Evangelische Studentengemeinde) hat uns rausgeschmissen. Sie behaupten, daß sie keinen Pennplatz für uns haben.



Meine erste Zugfahrt

Ich bin 10 Jahre alt und fuhr von Freiburg nach Bremen. Meine Mutter hatte Angst um mich und gab mir 100 Ratschläge. Der Jochen brachte mich zum Bahnhof, und ich stieg in den Zug ein, und brachte das Gepäck auf meinen Sitzplatz. Dann ging ich zum Fenster um auf Wiedersehen zu sagen. Der Zug fuhr dann aber auch ab, ich habe dann noch so lang geguckt bis ich Jochen nicht mehr sah, jetzt gings zu meinem Vater. Ich ging in mein Zugabteil und setzte mich dann hin und las dann erst Mal Micky Maus. Die nächste Station hieß Offenburg. Da stiegen so viele Leute ein, daß man auf dem Gang sitzen mußte, zum Glück hatte ich eine Reservierung.

In Kalsruhe sagte eine Frau: „Ach wir können ja die Lehne von Kleinen hochnehmen, dann können hier 4 Leute sitzen, und sie klappten die Lehne einfach hoch, und ich mußte zusammenrücken. (Ich dachte ihr doofen Erwachsene) Dann vertiefte ich mich wieder in Micky Maus. Später bin ich in den Speisewagen gegangen. Wie ich da rein ging, hörte ich den Ober sagen: „Laß mich bitte vorbei, es muß hier schnell gehen, der Ober ging vorbei, und ich setzte mich auf einen Platz. Dann bestellte ich mir einen Apfelsaft. Gegenüber saßen 2 Opas, der Eine sagte: „Stört es sie wenn ich rauche?" Der Andere sprach: Nein ich rauche auch und dann rauchten die Beiden. Lars Licht

KEINE AMBULANTE GEBURT IN FREIBURG?

Aus der Freiburger Stadtzeitung (Februar und März 80) entnehmen wir die beiden folgenden Artikel zum "Kinderkriegen in Freiburg". Es gibt dort nur einen einzigen Arzt, der ambulante Geburten macht (d.h. die Frauen können kurz nach der Geburt wieder nach Hause gehen). Der erste Artikel stammt von einer Frau, die bei diesem Arzt, Dr. Hegar, abgewiesen wurde; der zweite von Frauen, die bei ihm entbunden haben oder entbinden werden. Merkwürdig, daß aus der Befürwortung einer ambulanten Geburt leicht ein Lob der (sie betreuenden) Ärzte wird.

1. Akt: Ich bin schwanger, 9. Monat und komme neu nach Freiburg. Ich möchte mein Kind ambulant in einer Klinik bekommen, d.h. einige Stunden nach der Geburt wieder nach Hause gehen, wenn es keine Komplikationen gibt. Ich rufe einen Frauenarzt an, der mir mitteilt, daß es in Freiburg nur einen Arzt gibt, der das macht, ein Dr. Hegar. Ich beschließe, ihn anzurufen.

2. Akt: Gespräch mit Dr. Hegar: Nachdem ich mein Anliegen vorgetragen habe, antwortet er: "Die Möglichkeit einer ambulanten Geburt wurde vor kurzem deshalb abgeschafft, weil es finanziell nicht genug einbringt. Für eine Entbindung bezahlen die Krankenkassen einen 10tägigen stationären Aufenthalt. Bei einer ambulanten Geburt kann nur ein Tagessatz verlangt werden, und dabei werden teure Klinikeinrichtungen in Anspruch genommen. So kam meine Privatklinik ins Defizit und deshalb lassen wir die Frauen jetzt auch wieder 10 Tage liegen". Ich frage nach der Möglichkeit einer Hausgeburt. Antwort: "Da Sie außerhalb wohnen, kommt das sowieso für mich nicht in Frage. Außerdem mache ich das jetzt nur noch bei einigen Patientinnen, denen ich das schon zugesagt habe und dann will ich auch damit aufhören." Zum Abschluß höre ich noch, daß er überhaupt nicht mehr an mehr Patientinnen interessiert ist und ich mich deshalb an einen anderen Arzt wenden müsse.

3. Akt: Da es in Freiburg demnach also nur noch die Möglichkeit gibt, ein Kind im Krankenhaus zu bekommen, lande ich schließlich in einer Klinik. Ich komme auf das Problem mit dem Oberarzt zu sprechen und höre: " Ja, wissen Sie, wir haben das ja gleich gesagt, daß er (Dr. Hegar) das nicht durchhält. Die Situation ist in Freiburg halt so, daß es ein Überangebot von Frauenärzten gibt. Wenn einer dann eine neue Praxis eröffnet, muß er schon etwas Besonderes bieten. Das war in diesem Fall die ambulante und Hausgeburt, was finanziell aber nicht lukrativ genug ist. Jetzt hat er genug Patientinnen und kann wieder damit aufhören."

Der große Run zu Dr. Hegar — eine Antwort auf: Keine ambulante Geburt in Freiburg

"Wir sind ein paar Frauen, die bei Dr. Hegar Haus- oder Klinikgeburten gemacht haben oder noch machen werden. . . Uns hat der Artikel jedenfalls sehr wütend gemacht! Eine Diskussion braucht man (oder die Stadtzeitungsleute) nicht unbedingt durch Provokation oder Denunziation (?) in Gang zu setzen; Ausgangspunkt könnte auch ein informativer Artikel sein, was nicht heißt, daß die eigene Betroffenheit draußen bleiben sollte.

Draußen bleiben sollten aber Falschmerkungen (S. Anm. 1), besonders, wenn frau sie als Zitate ausgibt: "Die Möglichkeit einer ambulanten Geburt wurde vor kurzem abgeschafft, weil es finanziell nicht genug einbringt . . . So kam meine Privatklinik ins Defizit und deshalb lassen wir die Frauen jetzt wieder 10 Tage liegen". (Hegar) Hier wird der Eindruck erweckt, in der Hegar Klinik sei es möglich gewesen ambulant zu entbinden, d.h. daß frau nach der Geburt gleich wieder nach Hause gehen kann. Dem war nie so!

Was andere Kliniken in Freiburg und Umgebung betrifft sieht's nicht besser aus. Nach Aussage einer Hebamme soll im Diakonissenhaus unter bestimmten Bedingungen, z.B. kein Dammschnitt, ambulante Geburt möglich sein, eine andere Hebamme des Hauses sagte aber, es sei grundsätzlich nicht möglich. Von den restlichen Kliniken hat uns eine Nachricht von der Möglichkeit einer ambulanten Geburt leider auch noch nicht erreicht.

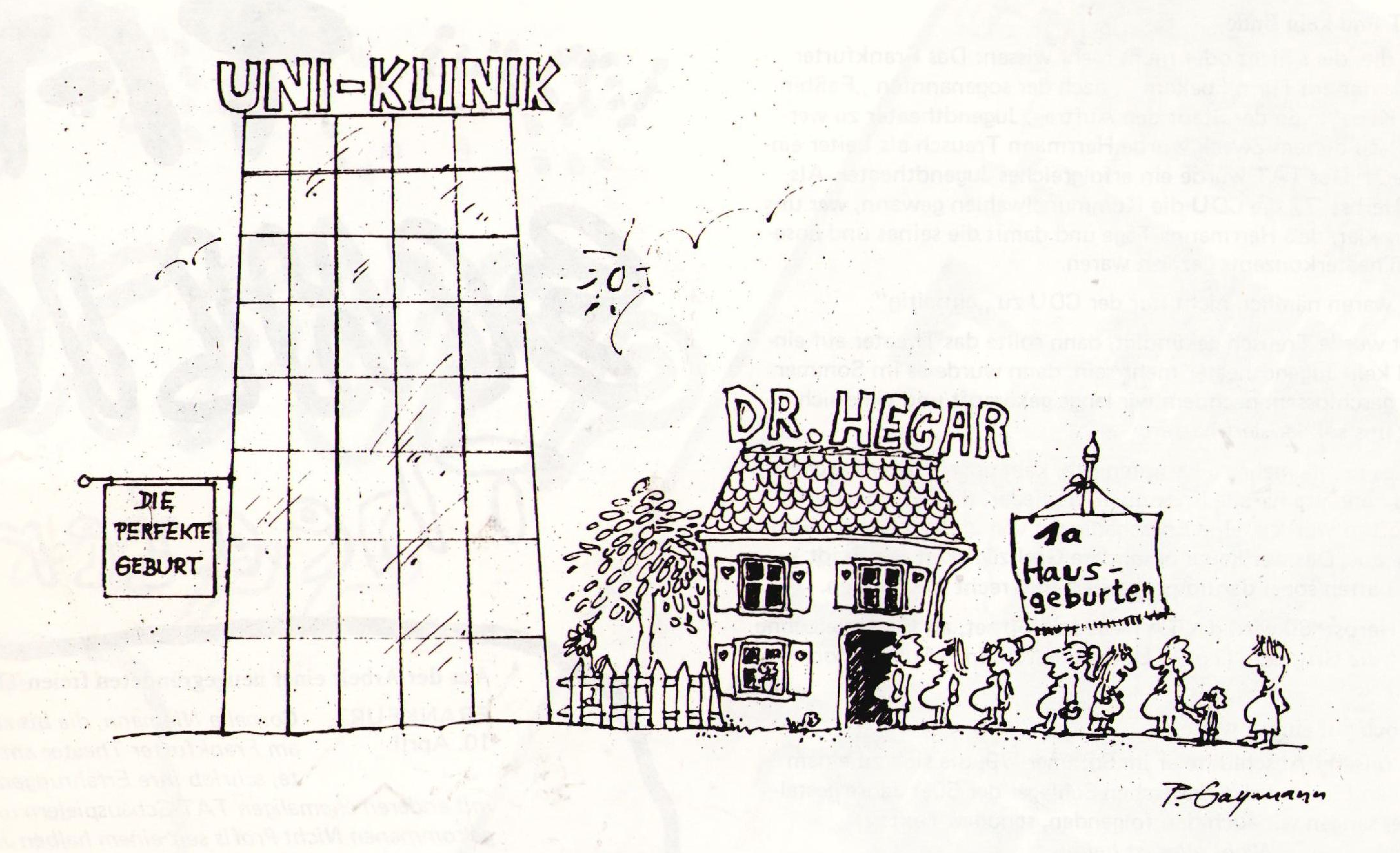
Aber wer kann dich letztlich halten?? Auf eigene Verantwortung kannst du immer gehen, und es gibt in Freiburg Hebammen, die die Wochenbettbetreuung übernehmen. Wir haben uns jedenfalls gefragt, warum die Artikelschreiberin, die so sehr Hausgeburt bzw. ambulante Geburt machen wollte, die Sache nicht in die eigene Hand nahm und ging.

Was in dem Artikel auf eine Person abgeladen wird an Verbitterung und Enttäuschung beleuchtet im Grunde genommen die "allgemeine Geburtssituation" in Freiburg: es ist wirklich nicht einfach aus der medizinischen Maschninerie auszuscheren. Das fängt bei der Geburtsvorbereitung an. Wir kennen zwei examinierte Krankengymnastinnen, bei denen der /die Partner / in mit der Frau zusammen einen ganzen Lamanze-Kurs mitmachen kann. Wer hier die ca. halbjährige Anmeldefrist verpaßt. hat Pech gehabt.

Aber es geht eigentlich schon mit der ersten Untersuchung los. Kaum hast du erfahren, daß du schwanger bist, mußt du dich damit auseinandersetzen, ob du eine Hausgeburt machen willst oder nicht (auch wenn das Problem Geburt zu diesem Zeitpunkt noch sehr weit weg ist) und dir einen Arzt suchen. Dabei findest du dann folgende Situation: Es gibt eine Ärztin in Freiburg, die bei Zweitgebärenden Hausgeburten macht.

Weiterhin einen Arzt, von dem wir wissen, daß er bis jetzt alle Hausgeburten in Risikogeburten umgewandelt hat, außer bei einer Frau, die sehr beharrlich war. Seit diesem Erlebnis distanziert er sich ausdrücklich von weiteren Hausgeburten. Ja, und dann bleibt nur noch der große Run zu Hegar. Und so kommt es, daß auch wir die Erfahrung gemacht haben, daß Hegar überarbeitet war und wir uns mehr Zeit in der Sprechstunde gewünscht hätten. Wir empfinden, daß Hegar nicht Hausgeburten macht, um möglichst viele Patientinnen anzulocken und seine Kassen zu füllen, sondern weil er ein anderes Verständnis von Geburt und Medizin hat. Wir erlebten, daß er uns darin unterstützte, Vertrauen in unseren Körper und uns selbst zu haben. Auch haben wir das Gefühl, daß wir nicht einfach abgefertigt werden, falls wirklich etwas Kompliziertes ist.

Inzwischen hat Hegar "strenge Kriterien" für eine Hausgeburt: er macht inzwischen nur noch zwei pro Monat, da er mehr vom zeitlichen Aufwand her nicht für verantwortlich



hält. Nur wer langfristig plant und früh genug kommt, bzw. eh bei ihm ist, hat eine Chance. Nicht daß wir diesen Zustand gut fänden! Würden mehr Ärztinnen (!) und Ärzte sich Hausgeburten zutrauen, wären wir Frauen nicht gezwungen, in eine solche Konkurrenz um einen Hegartermin zu treten. Seine weiteren Kriterien, wie z.B., daß die Gebärende nicht weit außerhalb von Freiburg wohnen soll, sind für uns mehr Ausdruck von Verantwortlichkeit als von Bequemlichkeit und finanzieller Spekulation.

Was uns aber an dem Artikel am meisten verblüfft, ist die Einigkeit, die sich am Schluß zwischen Oberarzt und der Artikelschreiberin ergibt: "Ja, wissen Sie, wir haben das ja gleich gesagt. . . Wenn einer dann eine neue Praxis eröffnet, muß er schon was Besonderes bieten. Das war in diesem Falle die ambulante und Hausgeburt, was finanziell nicht lukrativ genug ist. Jetzt hat er genug Patientinnen und kann wieder damit aufhören." Soweit der die Artikelschreiberin schließlich entbindende Oberarzt, dessen Meinung sie nichts hinzuzufügen hat. Kein Wort von einem kritischen Vergleich der Klinikerfahrung mit der gewünschten Hausgeburt (s. Anm. 2), im Gegenteil: Sie sitzt den in etablierten Medizinerkreisen üblichen Argumenten gegen einen "unangepaßten" Kollegen auf. Für uns bedeutet eine Hausgeburt auch eine Absage an einen medizinischen Betrieb, der die "Patientinnen" nur noch zu Objekten (z.B. Beckenendlage) degradiert. Davon ist im Artikel nie die Rede — stattdessen schon fast Hörigkeit, wo wir eigentlich eine kritische Haltung erwartet hätten.

Im Gegensatz zur Artikelschreiberin und besagtem Oberarzt glauben wir nicht, daß Hegar seinen Hausgeburtentrick nur deshalb anwendet, um Kasse und Praxis zu füllen. Der Konflikt liegt tiefer und wird vom Oberarzt wohl nicht angesprochen: es geht nach unserer Meinung um eine grundsätzlich verschiedene Auffassung von Geburt und Medizin. Wenn Hegar sagt "die Natur kann's immer noch am besten", stellt er sich damit in Gegensatz zur herrschenden Medizin, die sich u.a. am technisch Machbaren orientiert. Wir kennen auch einen neuen Frauenarzt in Freiburg, der dafür bekannt ist, uns mittels Periduralanästhesie (Betäubung vom Bauchnabel abwärts) die schmerzlose / körperlose Geburt zu bescheren. Da geht's um mehr als um Geld! Die Frau wird zur inaktiven Unperson — und solche sind bekanntlich verfügbarer/williger.

Was bleibt uns also hier in Freiburg? Glück bei Hegar? Glück bei Clara und Marie (die fortschrittlichen Krankengymnastinnen, s.o.?) Der "Verein Frauen lernen gemeinsam" bietet Abende an zu Schwangerschaft, Geburt, Säuglingsernährung: Ärzte, Hebammen, stillende und nicht-stillende Frauen tauschen dort ihre Erfahrungen mit Schwangeren und werdenden Vätern aus und lernen sich kennen. Daraus entstehende Schwangeren-,Mütter-Kinder-Väter-Gruppen sind ganz wichtig (warum, könnt ihr euch ja denken. . . schwanger sein macht auch einsam . . . und damit man/frau nicht auf alles reinfällt, ist's gut Bescheid zu wissen. . .). Bleibt somit das Wichtigste, die Eigeninitiative, trotz aller Grenzen. Nicht nur Hausgeburt ist eine Alternative, auch eine Klinik, z.B. nach dem Muster der Klinik am Starnberger See, die ambulante Geburten nach Leboyer ermöglicht, wäre gut hier. Oder gar ein Frauen-Selbst-Hilfe-Schwangerschafts- und Geburtenzentrum, und viele Wühlerinnen und Wühler im herrschenden Gesundheits- bzw. Krankheitsbetrieb . . . Solche treffen sich z.B. beim Gesundheitstag (Gegenveranstaltung zum Ärztekongreß) vom 14. bis 18.5. in Berlin (Kontakt: Gesundheitsladen Berlin e.V., Kantstr. 148, 1 Berlin 12).

Nach diesem Rundschlag zurück zur Artikelschreiberin — Wir verstehen gut, daß du sauer warst, und vielleicht beneidest du uns jetzt auch, weil wir Hausgeburtsglück bei Hegar hatten bzw. erwarten. Aber das resultiert aus der Gesamtsituation: Deshalb schafft 1, 2, 3 viele Hegars !

Anette u. Peter Gaymann
Gisela u. Armin Otto
Ulrike Schäder
Irmgard Beckert
Ursula Otto
Michael Dultz
Ulrich u. Karin Maßen
Hedi Autotari

Anmerkung der Stadtzeitung Freiburg:
1. Auch wenn HEGAR da was Falsches gesagt hat, wird er wörtlich zitiert.
2. Als der Artikel geschrieben wurde, war das Kind noch nicht auf der Welt . . .



Aus der Arbeit einer neugegründeten freien Theate

FRANKFURT
10. April

Cornelia Niemann, die bis zu sei am Frankfurter Theater am Turr te, schrieb ihre Erfahrungen nied mit anderen ehemaligen TAT-Schauspielern und m gekommenen Nicht-Profis seit einem halben Jahr P gemacht hat.

Andere Inhalte brauchen auch andere Produktions rum geht es in diesem Artikel. Wer mehr über die V von „schlicksupp teatergrupp" erfahren will, der sc doch einfach an.

TAT und kein Ende

Für die, die's nicht oder nicht mehr wissen: Das Frankfurter „Theater am Turm" bekam , nach der sogenannten „Faßbinder-Krise", von der Stadt den Auftrag, Jugendtheater zu werden. Zu diesem Zweck wurde Herrmann Treusch als Leiter eingesetzt. Das TAT wurde ein erfolgreiches Jugendtheater. Als im Herbst '77 die CDU die Kommunalwahlen gewann, war uns allen klar, daß Herrmanns Tage und damit die seines und unseres Theaterkonzepts gezählt waren.

Wir waren nämlich nicht nur der CDU zu „einseitig".

Erst wurde Treusch gekündigt, dann sollte das Theater auf einmal kein Jugendtheater mehr sein, dann wurde es im Sommer '79 geschlossen, nachdem wir lange gekämpft und viele sich mit uns solidarisiert hatten.

Als es nichts mehr zu kämpfen gab, kam unsere Gewerkschaft und handelte für alle Ensemble-Mitglieder, die nicht weiterbeschäftigt wurden, eine Entschädigung von 25 000 DM pro Person aus. Das war keine besondere Großzügigkeit der Stadt – wir hätten sonst darum prozessiert und recht bekommen.

Im Herbst '80 wird das TAT wiedereröffnet, als Gastspielbühne für freie Gruppen. (Toller Umbau, 4 Millionen Subventionen etc.)

...doch wir singen weiter

Bei unserer Abschlußfeier im Sommer '79, die sich zu einem Hohen Lied auf den deutschen Schlager der 50er Jahre gestaltete, sangen wir auch den folgenden, schönen Text:

Nicht alles ist heiter
Nicht alles ist schön
Doch singen wir weiter
Das solln alle sehn!

So kam es dann auch. Wir sechs ehemaligen TAT-Schauspieler, gründeten mit zusammen sechs neuen Leuten „schlicksupp teatergrupp". So genannt nach einer alten, lustigen Statistin, die im letzten TAT-Stück mitspielte.

Geld war da (von den Abfindungen), die Wut auf die Stadt (auf alle drei Parteien, bitte!) und auch der Wille, endlich mal aus dem „normalen" Stadttheaterbetrieb auszubrechen.

Statt Theater: Stadttheater

Der sieht für gewöhnlich so aus: Du hast für 6 (normal), 8-10 (gut) oder 12 (toll) Wochen Zeit, um eine Produktion zu erarbeiten. Daneben spielst du natürlich in den anderen Stücken. Bei der Auswahl des Stücks des Regisseurs, der Arbeitsweise, deiner Mitspieler und deiner Rolle hast du gewöhnlich nix mitzureden. Kontakt zum Publikum: gleich null.

Das TAT war schon ein Mittelding zwischen Stadttheater und freier Gruppe. Es gab eine (nicht immer funktionierende) Mitbestimmung, ein anderes Publikum; der Betrieb war erfreulich klein – aber es war eben doch ein „Betrieb".

Jetzt sind wir 12 Leute und machen natürlich alles selbst

Allerdings, ein Stück selbst zu entwickeln, das haben wir uns noch nicht zugetraut. Wir haben „Der Brotladen", ein frühes Fragment von Brecht, genommen.

Seit Mitte November '79 proben wir im Jugendzentrum Höchst – die haben uns ihren Raum zur Verfügung gestellt – ganz einfach so. Dort werden wir auch hauptsächlich spielen. Der Kontakt zu den Jugendlichen ergibt sich so nicht durch einen politischen oder sozialen Anspruch – wir sind halt einfach da, sie sehen, was wir machen, wir gehören schon ein bißchen dazu.

Im JUZ gibt's keine Bühne, wir spielen in der Mitte des Raums, die Leute sitzen von 3 Seiten drumherum. Auch ein alter Traum: Weg von der Guckkastenbühne!

Bis Anfang Januar haben wir nun improvisiert: Geschichten, Figuren, Haltungen, die selten was mit dem Stück zu tun hatten. Wir mußten uns erst mal als Gruppe zusammenraufen, einen Spielstil für das Stück finden. Dann erst wurden die Rollen verteilt. Das lief erstaunlich leicht und ohne Verletzungen ab.

Auch danach wurde jede Szene in mehreren Gruppen improvisiert, gegenseitig vorgeführt und erst dann in der originalen Rollenbesetzung weiterentwickelt. Wir arbeiten also kollektiv, was manchmal ganz schön Zeit und Nerven kostet.

Trotzdem haben wir einen Regisseur, der auch wichtig ist für uns – aber eben nicht zu wichtig.

Im übrigen sind wir nicht plötzlich zu idealen, selbstlosen Säulenheiligen geworden – bei uns gibt's schon noch Konkurrenz und Hackordnungen; aber viel, viel weniger als früher! (Schon am TAT fand ich's in der Beziehung angenehmer als an großen Theatern.)

Alles ist offen, du siehst die Entwicklung von Leuten, siehst deine eigene: Da traut sich einer heute noch, keinen Piep zu sagen, ist verkrampft, du denkst, das wird nie was und nach drei Monaten ist er plötzlich voll da. Oder du merkst, daß dir deine Theatererfahrung längst nicht immer nützt: Du bist nicht mehr nur als Spezialist gefragt, du mußt und kannst plötzlich einen Haufen anderer Fähigkeiten entwickeln. Das ist für mich die spannendste Erfahrung bei der Arbeit in der freien Gruppe.

Damit's nicht zu euphorisch wird: Wir hatten und haben auch Probleme. Da ist zuerst die Zusammensetzung der Gruppe: Profis und Nicht-Profis. Das Auftauchen der Nicht-Profis hab' ich äußerst schieläugig betrachtet, andere Schauspiel-Kollegen fanden das gerade interessant; es gab dicke Kräche. Jetzt, nach fünfeinhalb Monaten gemeinsamer Arbeit, sieht's besser damit aus.

Ich denke, daß unser hart errungenes Gruppengefühl sich auch auf's Publikum übertragen wird – das ist das Wichtigste. Das ist nämlich der Effekt, den ich früher, als Stadttheater-Schauspielerin, immer neidvoll bei den Gastspielen freier Gruppen festgestellt habe.



Problem Nummer zwei: Wir werden sobald nicht von unseren Aufführungen leben können. Auch für die zweite Produktion müssen wir ans „Eingemachte".

Jeder muß also sehen, daß er in seinem bisherigen Arbeitsbereich noch einen Fuß drin behält. Bis jetzt haben wir alle anderen Angebote zu Gunsten der Probenarbeit abgelehnt: Seminare, Kurse an der Uni und ähnlichen Einrichtungen die einen, neue feste Engagements und Gastspielverträge die anderen. Es ist ein schönes Gefühl abzusagen,weil man was besseres vorhat. Aber manchmal sind solche Angebote nicht nur finanziell interessant.

Mal sehen, wie wir das alles zusammenkriegen. Viel wird vom Erfolg des „Brotladen" abhängen.

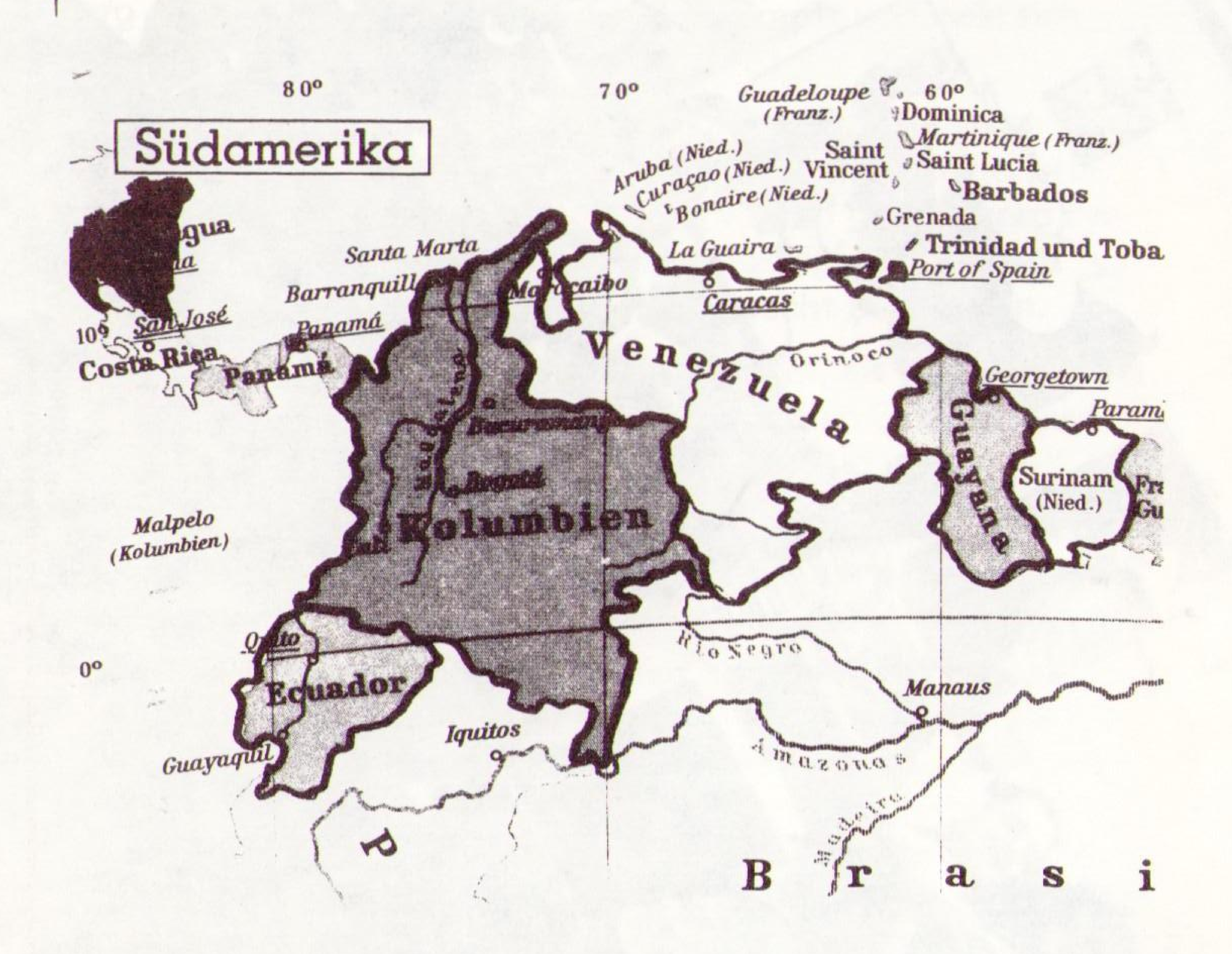
Wir haben mehrere öffentliche Proben gemacht und danach mit dem Publikum diskutiert. Da waren auch viele Jugendliche vom JUZ da, obwohl wir das Stück nicht speziell für Jugendliche gemacht haben. Erstaunlich viele kamen häufiger wieder, um zu sehen, wie sich die Vorstellung weiter entwickelte.
Das war auch eine neue Erfahrung: Wir konnten Kritik und Anregung des Publikums mitverarbeiten, wir nahmen uns einfach die Zeit dazu.

Jetzt hab' ich genug geschrieben, kommt und guckt uns an.

Erste Vorstellungen:
25., 26., 27. April und 11., 12. 17. Mai und 20 Uhr im JUZ Höchst, Palleskestr. 2. Mit der S-Bahn 1 und 2 ab Hauptwache 15 Min.
8., 9. und 22. Mai in der Batschkapp, Maybachstr. in Frankfurt
Fotos, Informationen, Gastspieltermine:
Cornelia Niemann, Klüberstraße 16, 6000 Frankfurt 1.
Urte Sintowski/Karsten Gaul, Scheffelstr. 30, Ffm, Tel. 0611/ 442344
Andreas Wellano/Angelika Sieburg, Wolfgangstr. 59, Tel. 0611 / 5972180.

KOLUMBIEN:

DIE BOTSCHAFTSBESETZER IN BOGOTA



Bogota, April 80 **Der Andenstaat Kolumbien rückte in das Interesse der Weltöffentlichkeit, als ein „Kommando Marcos Zambrano", eine Gruppe der Bewegung M-19, die Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogota am 27. Februar 80 besetzte und über 50 Geiseln, darunter 14 Botschafter, nahm.**

Nachfolgend versuchen wir, einige Informationen über die Hintergründe dieser Aktion und über das Land zu vermitteln, u.a. eine Stellungnahme der Gruppe M-19, einen Bericht über die Botschaftsbesetzung und mehrere Interviews mit den Besetzern, die wir den Lateinamerika-Nachrichten und der iz 3welt entnommen haben.

Wir verweisen dabei gleichzeitig auf den Waffenhändlerbericht von Max Watts in diesem ID. Wer mehr wissen und mit den Besetzern sprechen will, kann diese unter der Nummer (nach Voranmeldung beim Fernamt) über Bogota erreichen: Bogota 2441478

Spektakuläre, volksnahe Aktionen

Die M - 19 (Movimiento 19 de Abril = Bewegung des 19. April) ist eine der fünf aktiven Guerillagruppen in Kolumbien. Im Gegensatz zu den übrigen Gruppen liegt ihr Hauptaktionsradius kaum auf dem Land, sondern schwerpunktmäßig in den Städten.

Die Gruppe hat sich gegründet nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. April 1970, bei denen der eigentliche Wahlsieger und populäre Ex-Diktator des Landes Rojas Pinilla durch einen Wahlbetrug um seinen Sieg gebracht wurde. Die Gründer der M - 19 sollen sich vor allem aus jugendlichen Unterstützern der Wahlkampagne von Rojas Pinilla rekrutiert haben.

Die Vorgeschichte

Das folgende Interview mit der Gruppe M-19 veröffentlichte die CIILA (Centro Internacional de Informacion Latinoamericana, Mexiko in seinem Informationsbulletin im Januar 1979):

CIILA: Welches sind die unmittelbaren Ursprünge der Bewegung 19. April?

M-19: Um die M-19 zu verstehen, muß man in der Geschichte etwas weiter zurückgehen. In den sechziger Jahren wurde rings um Ex-General Rojas Pinilla die Nationale Volksallianz (ANAPO) geschaffen, in einem Prozeß, der den von Peron in Argentinien nachahmen will. In einer kontinuierlichen Arbeit von zehn Jahren erreichte sie es, breite Volksströmungen zusammenzuschließen, die — unzufrieden mit der Politik der „Frente Nacional" waren (zwanzigjähriges Bündnis zwischen den beiden großen Parteien, Liberalen und Konservativen, die sich nach dem Bürgerkrieg ab 1958 alle vier Jahre an der Macht abwechselten) und in der ANAPO eine Alternative sehen.

Diese (die ANAPO) versprachen die Senkung der Lebenshaltungskosten, Erhöhung der Gehälter und Vernichtung der nationalen Oligarchien. Schon 1970 präsentierten sie sich zu den Präsidentschaftswahlen mit einer Plattform — einer Mischung linker und rechter Ideologien — und nominierten den Kandidaten General Gustavo Rojas de lMorene, der Kolumbien einen Sozialismus versprach.

Auf der anderen Seite präsentierte sich als Kandidat der Frente Nacional — Pastranza Borrero, den die traditionellen Parteien, die Liberalen und die Konservativen, stützen.

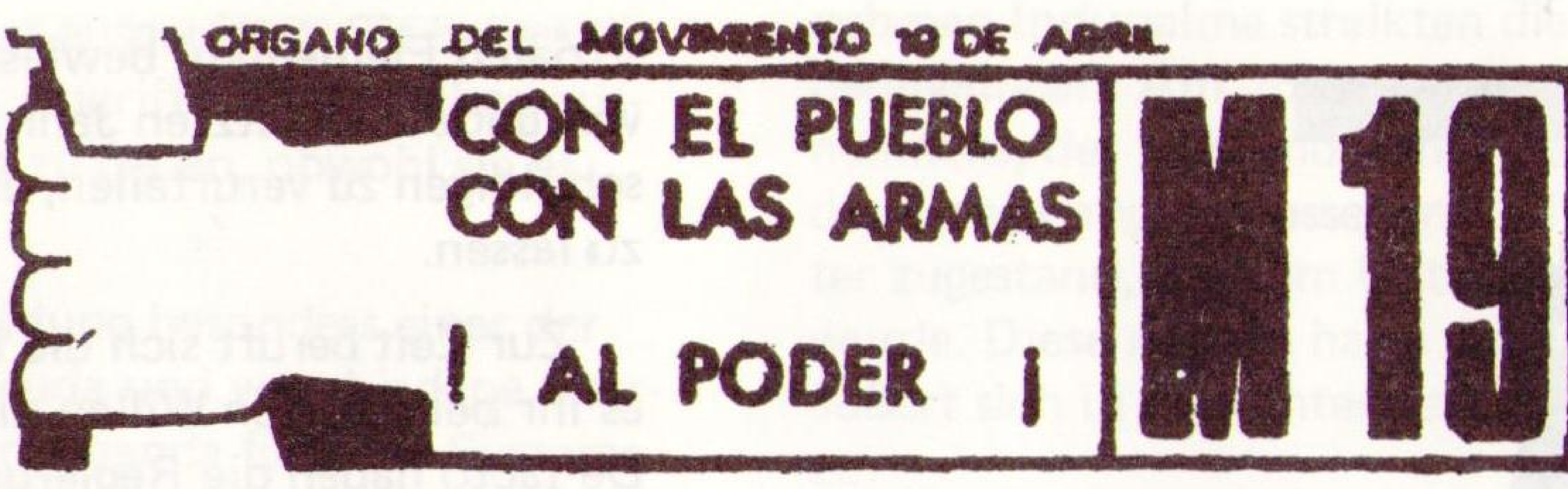
Am 19. April 1970 begann der Wahlakt. Durch die Tageszeitung El Espectador, die allerdings in dieser Ausgabe von der Regierung beschlagnahm t wurde, wurde der Sieg von General Pinilla bestätigt. Gegen vier Uhr morgens wurde die Meldung auf der ersten Seite verändert: aus der Anerkennung des Sieges der ANAPO wird der Sieg von Borrero.

Am 20. April ging das Volk auf die Straße und forderte die Anerkennung der Wahlurnenentscheidung. Die Antwort war Unterdrückung durch Armee und Polizei. In dieser Nacht ordnete der Präsident Lleras Restrepo Ausgangssperre ab 20 Uhr an und drei Tage später gibt er der zyklischen Kompetenzverteilung zwischen Konservativen und Liberalen, genannt „Vuelta Colombia", nach. Der General Pinilla macht anzweifelnde Erklärungen über den Sieg der Kandidaten der Frente Nacional.

Zwischen den Sendern, die die Auseinandersetzungen übertragen und anderen Erklärungen der Tochter des Generals wird der Verlust der Wahlen durch die ANAPO anerkannt durch den Satz: „Wir werden zurückkehren". Drei Jahre später wird aus dem Landhaus von Simon Bolivar das Schwert des Befreiers fünfer Nationen durch eine Organisation geraubt, die sich Bewegung 19. April nennt (M-19). In ihrer Erklärung entwirft sie die Notwendigkeit „Mit dem Volk und mit den Waffen zur Macht". Im weiteren Verlauf wendet sich die M-19 zunehmend nach links."

Ihre bisher jedoch folgenschwerste Aktion unternahm die M-19 um die Jahreswende 1978/79, als einige ihrer Mitglieder in der Silvesternacht eine Militärbase in Bogota untertunnelten und deren gesammeltes Waffenlager ausräumten. Dieser Überfall







löste im ganzen Land die seit Jahren größte Durchsuchungs- und Verhaftungswelle gegen sämtliche Teile der kolumbianischen Linken aus — dies unter dem rechtlichen Schutz des im September 1978 zum Regierungsantritt von Turbay Ayala, dem derzeitigen kolumbianischen Präsidenten, erlassenen „Sicherheitsgesetzes". Ein Ausnahmegesetz für dieses Land des 30jährigen fast ununterbrochenen Ausnahmezustandes und Kriegsrechts, das rechtlich freie Hand bietet zu willkürlichen Festnahmen, Einberufung von Kriegsgerichten und vor allem die Aussetzung drastischer Strafen bei jeglicher angeblichen „Störung von Recht und Ordnung", worunter in einem Land wie Kolumbien Streiks, Landbesetzungen, Volksaufstände gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und Protestdemonstrationen jeder Art gezählt werden. Viele der im ‚Sicherheitsgesetz' festgehaltenen Maßnahmen fanden jetzt übrigens in der Ende Februar dieses Jahres durchgesetzten Strafrechtsreform direkten Eingang in das bisher geltende Strafrecht Kolumbiens. (1979)

Die Gewalt von oben: Unterdrückung und Folter

Die dem großangelegten Schlag der M-19 auf das Militär folgende Verhaftungswelle und Militarisierung ganzer Zonen auf dem Land bedeutete einen staatlichen Totaleinsatz gegen alle politisch aktiven Teile des kolumbisnischen Volkes. Unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in subversiven Gruppen wanderten neben einigen namhaften Uniprofessoren, Künstlern, Jesuitenpatern, führenden Mitgliedern der CRIC (die bedeutendste Indianerorganisation(auch hunderte von politisch engagierten Gewerkschaftsaktiven, Ärzten, Lehrern, Schülern und Studenten in die Gefängnisse. Eine wahre Hexenjagd begann. Einigen der bewaffneten Gruppen in Kolumbien wurden durch diese Aktion schwere Schläge erteilt. Von den in den ersten drei Monaten nach dem Waffenraub festgenommenen 936 Personen mußten aber beispielsweise 616 wegen mangelnder Beweise kurze Zeit später wieder freigelassen werden. Die Zahl der insgesamt in diesem Zusammenhang im Jahr 1979 in Kolumbien festgenommenen beläuft sich auf ca. 3000. Viele dieser Gefangenen wurden vor die Kriegsgerichte gestellt und schon verurteilt. Neun der sogenannten Kriegsräte (Consejos de guerra) gegen politische Gefangene fanden bereits im vergangenen Jahr statt, gegen insgesamt 472 Angeklagte. Der davon umfangreichste Kriegsprozeß läuft seit November 1979 gegen 216 angebliche Mitglieder der M-19. Mit der Übergabe der gesamten politischen Prozesse an die Militärgerichtsbarkeit wurde das Jahr 1979 aber auch für Kolumbien zum Jahr der Folter. Dieses, in fast allen Ländern Lateinamerikas schon lange zum politischen Alltag gehörende brutalste Repressionsmittel, war bisher in dieser massiven Form wie seit Anfang des letzten Jahres in Kolumbien nicht angewandt worden.

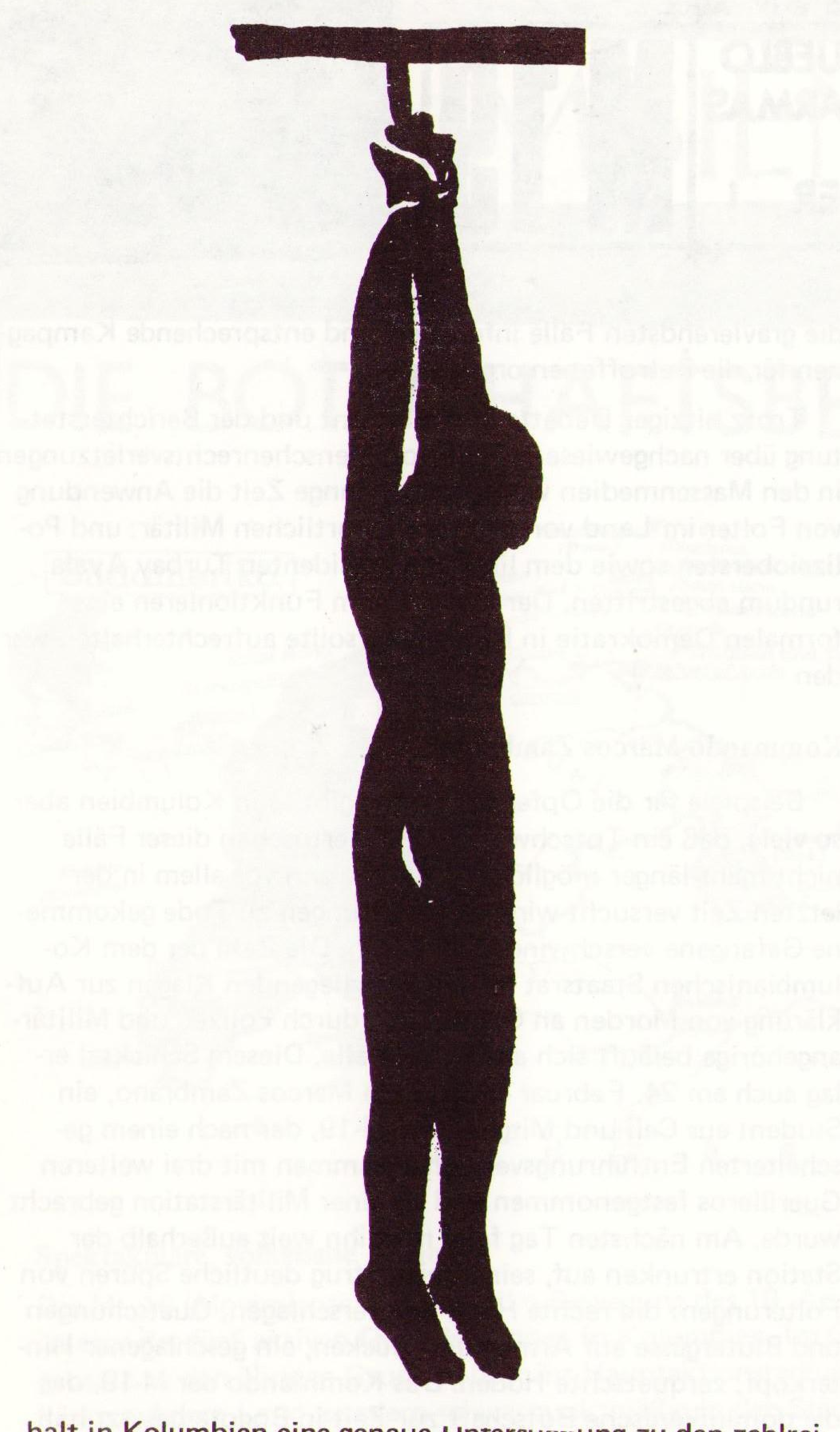
Schon Ende März 1979 hatten sich verschiedene politische und gewerkschaftliche Gruppierungen zusammen mit demokratischen Parlamentsabgeordneten zu einem breiten Massenrechtsforum in Bogota zusammengefunden, um dort ihren Protest auszudrücken über die inzwischen bekannt gewordenen Fälle von Folterungen und die ständigen Versuche seitens der Regierung, die demokratischen Grundrechte im Lande noch weiter einzuschränken. Eins der Ergebnisse dieses Forums bestand in der Gründung eines „permanenten Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte" in Kolumbien, das seither laufend über die gravierendsten Fälle informiert und entsprechende Kampagnen für die Betroffenen organisiert.

Trotz hitziger Debatte im Parlament und der Berichterstattung über nachgewiesene Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den Massenmedien wurde jedoch lange Zeit die Anwendung von Folter im Land von den verantwortlichen Militär; und Polizeiobersten sowie dem liberalen Präsidenten Turbay Ayala rundum abgestritten. Der Mythos vom Funktionieren einer formalen Demokratie in Kolumbien sollte aufrechterhalten werden.

Kommando Marcos Zambrano

Beispiele für die Opfer der Folter gibt es in Kolumbien aber so viele, daß ein Totschweigen und Vertuschen dieser Fälle nicht mehr länger möglich ist. Auch wenn vor allem in der letzten Zeit versucht wird, an Folterungen zu Tode gekommene Gefangene verschwinden zu lassen. Die Zahl der dem Kolumbianischen Staatsrat für 1979 vorliegenden Klagen zur Aufklärung von Morden an Gefangenen durch Polizei- und Militärangehörige beläuft sich auf ca. 37 Fälle. Diesem Schicksal erlag auch am 24. Februar 1980 Jorge Marcos Zambrano, ein Student aus Cali und Mitglied der M-19, der nach einem gescheiterten Entführungsversuch zusammen mit drei weiteren Guerilleros festgenommen und zu einer Militärstation gebracht wurde. Am nächsten Tag fand man ihn weit außerhalb der Station ertrunken auf, seine Leiche trug deutliche Spuren von Folterungen: die rechte Hand war zerschlagen, Quetschungen und Blutergüsse auf Armen und Rücken, ein geschlagener Hinterkopf, zerquetschte Hoden. Das Kommando der M-19, das die dominikanische Botschaft zur Zeit in Bogota besetzt hält, ist nach diesem toten Companero benannt.

Ein weiteres schweres Opfer von Folterungen ist die 19jährige Arbeiterin Maria Etty Marin, eine der Angeklagten im Militärprozeß gegen die M-19. Sie steht auf der Liste derjenigen politischen Gefangenen, deren Freilassung von den Botschaftsbesetzern verlangt wird. Ende Juni 1979, einen Monat nach ihrer Verhaftung gab sie der Öffentlichkeit einen Bericht über die von ihr erlittenen Foltern ab. Diesen bestätigte sie nochmals bei der Prozeßeröffnung im November 1979, zu dem sie, von drei Wächtern gestützt und an Krücken gehend, geführt werden mußte. Denn ihr rechtes Bein wurde durch die Schläge der sie verhörenden Militärs damals total zerstört. Maria Etty Marin erzählte unter anderem: "Sie ließen mich mehrere Stunden im strömenden Regen stehen, sie schlugen mich am ganzen Körper mit Stöcken, gaben mir Fußtritte, schlugen mich mit ihren Waffen ...; sie hoben mich auf, zogen mir die Bluejeans und die Unterwäsche aus und stellten mich in einen Ameisenhaufen, wobei sie mir Ameisen in die Genitalien einführten ...; einige Minuten später brachten sie mich an den alten Ort zurück, dort zogen sie mich halb aus, zwangen mich die Beine breit zu machen und vergewaltigten mich, wobei sie mich abwechselnd hinknien ließen ...; als Folge dieser Behandlung bekam ich starke Blutungen, die Freitag morgens begannen, aber bis Samstag nachmittag wurde ich weder behandelt noch zum Waschen geführt ...; ich behielt davon Ausfluß zurück, Schmerzen im Unterleib, Erbrechen, mein rechtes Knie und mein Rückgrat, auf welche sie mich ziemlich fest geschlagen hatten, schmerzten sehr". Eine Delegation von Amnesty International hat Ende Januar dieses Jahres bei ihrem Aufent-



halt in Kolumbien eine genaue Untersuchung zu den zahlreichen Fällen von Menschenrechtsverletzungen durchgeführt.

"Ich bin der einzige politische Gefangene ..."

Laut Aussage des Justizministers Escobar Sierra wurden seit Erlaß des Sicherheitsstatus im September 78,68 000 Menschen festgenommen. Viele davon wurden gefoltert oder mißhandelt, die meisten wurden nach einiger Zeit wieder freigelassen. Trotzdem wagte es der Präsident Turbay, bei seinem Staatsbesuch in Europa vor ausländischen Journalisten zu behaupten, er sei der "einzige politische Gefangene in Kolumbien, da er schon seit Monaten nicht mehr aus dem Präsidentenpalast herausgekommen sei". Die Regierung bestreitet die Existenz politischer Gefangener, es gäbe nur gewöhnliche Verbrecher in den Gefängnissen, aber sie würden gern nach politischen Gefangenen suchen. Diese Menschen, deren Freilassung M-19 fordert, sind nach Angaben der Regierung nicht wegen ihrer politischen Meinung verhaftet worden, sondern wegen gewöhnlicher Verbrechen. Die Gedankengänge der Herrschenden verlaufen etwa folgendermaßen: Die Kriminalitätsrate liegt in Kolumbien sehr hoch. Trotz des seit 30 Jahren herrschenden Ausnahmezustandes stieg sie in den letzten Jahren rapide an. Die bürgerliche Rechtsprechung wird mit der ansteigenden Kriminalität nicht fertig. Die Regierung erklärte deswegen den juristischen Notstand und übertrug Teile der Rechtsprechung an die Militärjustiz. Alle diejenigen Delikte, über die das Militär zu urteilen hat, sind im Sicherheitsstatus definiert. Es geht um Raub, Mord und Mitgliedschaft in kriminellen Vereinigungen. Die Effizienz von Militärgerichtsbarkeit und Sicherheitsstatut wurde durch die Festnahme von tausenden von 'antisozialen Elementen' bewiesen. Ein Offizier namens Nyungo verkündete im letzten Jahr öffentlich, es sei besser, einen Unschuldigen zu verurteilen, als einen Schuldigen frei rumlaufen zu lassen.

Zur Zeit beruft sich die Regierung auf die Verfassung, die es ihr beim besten Willen nicht erlaube, Gefangene freizulassen. De facto haben die Regierungen Kolumbiens in den letzten 30 Jahren während der meisten Zeit den Ausnahmezustand verhängt. Während dieser Zeit nimmt die Macht des Präsidenten zu, der Dekrete erläßt, ohne den Kongreß zu Rate zu ziehen, die oftmals auch der Verfassung widersprechen. Somit ist inzwischen der Ausnahmezustand zur Regel geworden, der Staat zum Ausnahmestaat, bei dem es eine Ausnahme ist, wenn er betont, er könne keine Ausnahmen machen.

Die Fälle von Eingriffen in die Verteidigerrechte gipfelten Anfang Dezember 1979 in der Festnahme von zwei Rechtsanwälten in einem der neun laufenden Militärprozesse. Sie hatten Aufklärung über die Festnahme dreier als Entlastungszeugen geladener Prozeßteilnehmer vom Gericht verlangt, da diese plötzlich selbst als Angeklagte sich im Prozeß verantworten sollen. ...

Sie kamen singend ...

Sie hatten den ganzen Morgen in der Nähe der Nationalen Universität Fußball gespielt. An ihren Lärm hatten sich Wachen, Chauffeure und Personal der Dominikanischen Botschaft gegenüber schon gewöhnt. Kurz nach Mittag brachen sie ihr Spiel ab und zogen fröhlich singend an der Botschaft vorbei, just in dem Moment, als der US-amerikanische Botschafter vorfuhr. Unversehens verwandelte sich die Gruppe junger Sportler in das 'Kommando Jorge Marcos Zambrano' der Bewegung M-19 und drang in die Botschaft ein. Mit einem Schlag befanden sich 14 Botschafter (darunter Vertreter der USA, Österreichs, der Schweiz, Israels, Ägyptens, Mexikos, Venezuelas etc.), der Apostolische Nuntius und ungefähr 40 weitere Personen in Gewalt des M-19.

Während ca. 1000 Militärs die Botschaft belagerten, drückten hunderte von Studenten ihre Solidarität mit den Botschaftsbesetzern durch eine spontane Demonstration und Angriffe gegen die Militärs aus. Die Militärs schossen in die Studenten und verletzten mehrere. Gleichzeitig forderten der Nuntius und der mexikanische Botschafter die Truppen auf, sich zurückzuziehen, um ein Blutvergießen zu vermeiden.

Ein Leibwächter des US-Botschafters und ein Guerrillero, dessen Identität nicht geklärt wurde, da er falsche Papiere bei sich trug, wurden bei der Besetzung getötet, der paraguayische Botschafter wurde verletzt und eine Guerillera erhielt einen Kopfschuß, wird aber in der Botschaft behandelt. Der paraguayische Botschafter wurde im Austausch gegen die Wiederherstellung der Telefonverbindung (2441478), die Übergabe eines Walkie-Talkie und ein erstes Gespräch mit dem kolumbianischen Kanzler dem Roten Kreuz übergeben.

Die Regierung verhängte sofort eine absolute Nachrichtensperre für Radio und Fernsehen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung; inzwischen wird angenommen, daß auch die Presse nichts mehr berichten darf.

Mittlerweile wurden die ersten Berichte der freigelassenen Geiseln (Frauen, Kinder und Verletzte) über die Situation in der Botschaft veröffentlicht. Die Botschafterin Costa Ricas berichtet:

"Die ersten sechs Stunden waren sehr ungestüm. (...) Als wir dann erfahren hatten, worum es ihnen ging, wurden sie (die Besetzer) sehr liebenswert und hilfsbereit. In der ersten Nacht (...) konnte ich kein Auge zutun und eine Gruppe Guerrilleros kam und fragte, ob sie mir helfen könnten, ob ich eine Schlaftablette wolle. Sie haben alles dabei und haben uns alles angeboten, außer Essen. (...)

Die Gruppe ist sehr groß und gut ausgerüstet. Sie haben die nötigen Waffen, um im Falle eines Angriffs ihr Vorhaben auszuführen. Sie sind bereit ihr Leben zu geben, obwohl sie es sehr hoch schätzen. (...)

Ich war beeindruckt von der Bildung besonders einer der Guerrilleras. Wir sprachen über Neruda und verschiedene Herrschaftssysteme, wobei sie keine Propaganda für linke Systeme machte, sondern die Forderung nach wirklicher Demokratie vertrat".

Man muß auch darauf hinweisen, daß die Freilassung des österreichischen Botschafters, dessen Frau lebensgefährlich krank ist, dem Bild einer botschaftsbesetzenden Guerillagruppe einen neuen Aspekt hinzufügt.

Für das Image im streng katholischen Kolumbien selbst ist allein die Tatsache wichtig, daß der Nuntius jeden Morgen die Messe zelebriert.

Ein Führer von M-19 stellte die Entstehung und Zielsetzung seiner Organisation folgendermaßen dar: (aus der mexikanischen Zeitschrift Proceso)

"Wir haben den Namen "Bewegung des 19. April" gewählt, weil wir dem Volk zwei Dinge ins Gedächtnis zurückrufen wollen: erstens soll es nicht den 19. April 1970 vergessen, als die ANAPO die Präsidentschaftswahlen gewann, die Präsidentschaft aber dem offiziellen, konservativen Kandidaten der "Nationalen Front" Misael Pastrana Borrero übertragen wurde, und zweitens und wichtiger: damit das Volk sich darüber Rechenschaft ablegt, daß man durch Wahlen nicht an die Macht kommen kann".

Frage: Welche konkreten Vorstellungen haben Sie als politisch-militärische Organisation und wie würden Sie Ihre Stellung innerhalb des revolutionären Prozesses in Kolumbien beschreiben?

M-19: Wir gehen davon aus, daß die Guerrilla allein keine Massenbewegung schaffen kann; sie schafft Bewußtsein, das ja; aber allein kann sie nicht die Macht erringen. Wir sehen die kolumbianische Bewegung als einen kriegerischen Prozeß, an dem das ganze Volk beteiligt ist, und zwar jeweils organisiert nach seinen jeweiligen Interessen, wodurch die Interessen der Massen zusammengefaßt werden: diese Organisationen waren und sind das Wichtigste im revolutionären Prozeß.

Wir meinen, daß die Machtergreifung sich in kleinen Erfolgen zeigt; aber diese Erfolge muß man verteidigen, indem man stärkere Organisationen schafft und diese auch militärisch verteidigt: z.B. Selbstverteidigungsguerrillas, mobile Guerrillatruppen etc. — bis zu der allmählichen Entstehung einer regelrechten Armee, die eine historische Notwendigkeit ist, um die Macht unter den Bedingungen des Untergrundkampfes zu erringen".

Die erste Aktion von M-19 war der Raub der Schulterstücke und des Säbels des Generals Simon Bolivar, einer der Führer der Unabhängigkeitskriege. Es war ein symbolischer Akt, mit dem M-19 klarmachen wollte, daß das Volk so lange kämpfen wird, bis das Land wirklich frei, unabhängig und demokratisch sein wird. Es folgten kleinere Aktionen, die weniger Aufsehen erregten. 1973 entführten Mitglieder von M-19 den Gewerkschafter Jose Raquel Mercado. Er wurde als "Volksverräter" bezeichnet und umgebracht. Diese Aktion wurde von allen Volksorganisationen und linken Gruppen streng verurteilt und entzog der Bewegung viele Sympathien. Es folgte eine Zeit relativer Ruhe, in der eine politische Plattform ausgearbeitet wurde. Nur wenige Aktionen wie die Entführung von Lastwagen mit Lebensmitteln und deren Verteilung in Elendsvierteln fanden statt.

Mit einem neuen Konzept vom Guerrillakampf trat M-19 im August 1977 an die Öffentlichkeit: Bei dem großen Unternehmen Indupalma streikten die Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen. Am 28.8. entführte M-19 den Leiter des Unternehmens, der während seiner Gefangenschaft einer Änderung des bereits abgeschlossenen Tarifvertrags zugunsten der Arbeiter zugestand, die vom Unternehmen auch offiziell anerkannt wurde. Diese Aktion hatte die Sympathien der Linken. M-19 äußert sich in dem Interview mit Proceso folgendermaßen dazu:

"Unsere Geschichte und die Geschichte aller Völker haben gezeigt, daß in der Politik der Purismus nicht funktioniert. — Wenn wir eine Aktion wie die von Indupalma durchführen, dann ersetzen wir nicht die Arbeiter. Sie machen den Streik und der Streik entwickelte sich nach der Entführung von Ferreira Neira (Leiter von Indupalma) weiter. Diese Aktion, die paternalistisch erscheinen könnte, unterstützte die Interessen der Arbeiter, und auch die Erfolge lassen sich auf die Entführung zurückführen. Man kann die Macht nicht von einem auf den anderen Tag erringen wie bei einem Staatsstreich: die Macht muß langsam angesammelt und errungen werden, und zwar alle Tage, auch in den kleinsten Dingen.

Nach dem Streik bei Indupalma gab es kämpferische Streiks, wie die der Erdölarbeiter. Streiks, in denen konkrete Kampfformen entwickelt wurden, Kampfformen, die sehr verschieden sind von den traditionellen Formen gewerkschaftlichen Kampfes. Der letzte Fall ist der Streik der Finanzangestellten, die




Jagdszenen aus Kolumbien, Juni 78

die mexikanische Botschaft besetzten. Das ist nicht traditionell, aber es zeigt zumindest der internationalen Öffentlichkeit die Probleme der Arbeiter und zwingt den Staat, sie anzuerkennen. Dies ist eine weitere Form der Ansammlung von Macht.

Wenn wir Lastwagen mit Nahrungsmitteln enteignen und sie dorthin bringen, wo die Menschen buchstäblich nichts zu essen haben, wissen wir, daß dies in gewisser Weise eine populistische Aktion ist; aber wie gesagt, das sind nur Probleme für Puristen. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß man die Leute nicht erreicht, indem man über abstrakte Sachen redet. (...) Wir glauben, daß man die Leute nur mit konkreten Dingen ansprechen kann; das Volk irrt sich nicht bei konkreten Problemen. Wenn wir nur mit Ideologien zum Volk kommen, wird man uns vielleicht zuhören, aber mit etwas so Ungreifbarem kann man keine Organisation aufbauen. Wir erreichen die Massen, indem wir von ihren konkreten Interessen ausgehen. Wenn wir zum Beispiel einen Lastwagen mit Nahrungsmitteln bringen, dann sagen wir ihnen: "Heute haben wir Euch das gebracht, aber eines Tages müßt Ihr das selbst enteignen".

Zur Botschaftsbesetzung gibt es mehrere Telefoninterviews, die Journalisten mit den Besetzern führten: (Espectador Todelar)

— Welches sind ihre Forderungen?

Wir fordern den sofortigen Rückzug der Truppen, die Freilassung von politischen Gefangenen, einen Dialog mit der Regierung, 50 Mio US-Dollar und die Veröffentlichung eines Kommuniques in der nationalen Presse und in allen Ländern, aus denen wir Geiseln haben. (...) In dem Kommunique fordern wir ein wirklich demokratisches System und Freiheit für die politischen Gefangenen. Danach ist auch diese Operation benannt: 'Freiheit und Demokratie'. Wir wollen die Weltöffentlichkeit darüber informieren, daß in Kolumbien politische Gefangene existieren. (...) Das Kommando trägt den Namen eines Genossen, der vor 5 Tagen in Cali zu Tode gefoltert wurde: Marcos Zambrano. (...) Wir sind darauf vorbereitet, einen oder auch zwei Monate hier auszuharren. Das hängt von der Regierung ab, nicht von uns. Wir sind auf alles vorbereitet. (...)"

"Wir haben eine Liste aufgestellt mit den Namen von 311 politischen Gefangenen, die freigelassen werden sollen. Dies ist nur ein geringer Teil der politischen Gefangenen, die es im Lande gibt. Es sind weit mehr als 1000. (...) Wir sind bereit, über einige der Forderungen zu verhandeln, aber die Hauptforderung ist die Freilassung der politischen Gefangenen. (...) Diese bewaffnete Aktion zur Befreiung bereiten wir seit 5 Monaten vor. (...) M-19 ist eine politisch-militärische Organisation, das heißt, daß die Kader sowohl eine politische als auch eine militärische Ausbildung erhalten, so wie sie im alltäglichen Kampf nötig ist".

— Erwarten Sie von der Botschaftsbesetzung die Annäherung an einen politischen und sozialen Wandel?

"M-19 sieht es als notwendig an, alle Formen des Kampfes zu kombinieren, um an die Macht zu kommen. Wir benutzen auch legale Wege! Unsere Organisation entstand, als man uns 1970 den Wahlsieg stahl. Aber wir haben niemals geglaubt, daß man in diesem Lande über Wahlen an die Macht kommt. Die Wahlen sind ein Mittel des Kampfes".

— Also unterstützt M-19 einen Kandidaten?

"Wir sind der Ansicht, daß die Leute selbst ihren Kandidaten wählen können. Wahlen sind immer dann nützlich, wenn es eine breite demokratische Bewegung gibt, die nicht nur die linken Gruppen zusammenfaßt, sondern das Volk allgemein vertritt".

· Im Folgenden bringen wir Auszüge aus einem Interview, daß Alternativa mit den Botschaftsbesetzern führte:

ALT: Wird eine Aktion dieser Art nicht zu einer verstärkten Repression von seiten der Militärs führen?

Kommandant 1: Klar. Aber wir wissen, daß jede Auswirkung ihre Ursache hat und jede Ursache ihre Auswirkungen.

ALT: Warum wurde sie genau vor den Wahlen durchgeführt?

K 1: Weil sie einfach geplant war.

ALT: Was glauben Sie, was geschehen wird?

K 1: Wir glauben, daß die Regierung verhandeln wird. Auf alle Fälle sind wir auf alles vorbereitet.

ALT: Glaubt Ihr nicht, daß sich die Verhandlungen so lange herauszögern können, bis Ihr nicht mehr in der Lage seid, dem Militär Widerstand zu leisten?

K 1: In diesem Falle sprengen wir das Gebäude in die Luft.

ALT: Auf welche Art kann diese Aktion der Entwicklung der Volkskämpfe förderlich sein oder sie auch bremsen?

K 1: Wir glauben, daß sie dem Prozeß hilft und ihn beschleunigt: Es ist eine Erinnerung an so manchen Genossen und Kämpfer, der sogar von seiner eigenen Organisation vergessen wurde. Daß wir deren Freiheit fordern, ist ein Stimulus. Es geht um Kämpfer, die wir hoch schätzen, auch wenn ihre Ideologie oft nicht unserer entspricht, aber sie haben ihr Leben gewagt, in diesem Moment sind sie gefangen und verdienen die Freiheit.

ALT: Es handelt sich also nicht nur um Leute des M-19, sondern auch um Gefangene anderer Organisationen?

K 1: Sicher. Es sind Gefangene der FARC, des ELN und EPL, von Arbeiter- Studenten- und Bauernorganisationen.

ALT: Habt Ihr auch einkalkuliert, daß eine Aktion von diesem Umfang eine solche Entstabilisierung vorantreiben kann, daß ein Militärputsch stattfindet?

K 1: Wir haben das bedacht. Aber es hilft der Regierung auch nichts, wenn sie glaubt, die Militärs könnten die Situation im Land verbessern.

ALT: Der Kampf von M-19 entwickelt sich zu einem Kampf zwischen militärischen Apparaten, M-19 und dem Militär, bei dem das Volk ausgeschlossen wird.

K 1: Was wir seit unserer Entstehung vermieden haben, ist das Sich-Verlieren in theoretischen Polemiken. Wir glauben, daß die Theorie aus der Praxis entsteht. Und die Praxis korrigiert die Theorie. Mit anderen Worten: das Problem ist das der Einheit von Theorie und Praxis. Es würde mich freuen, wenn all die Genossen, die sich dem Nachdenken über die Revolution widmen, sie auch praktizieren würden. Es kann sein, daß wir

uns irren, wir haben nie behauptet, die ganze Wahrheit gepachtet zu haben, aber wir arbeiten und dazu stehen wir auch.

ALT: Ihr habt sicher die Möglichkeiten der Verhandlung mit der Regierung abgeschätzt. Was glaubt Ihr, welches die positiven politischen Resultate sein könnten, wenn die Regierung nicht zu Verhandlungen bereit ist?

K 1: Es scheint uns, daß der internationale Druck die Regierung zwingt, zu verhandeln. Aber ob mit oder ohne Verhandlungen, die Regierung wird dabei schlecht wegkommen. Das wird erst hinterher deutlich werden, denn wir wollen ja nicht das Exil wegen des Exils, sondern wir fordern die Freilassung, um zu arbeiten.

Alternativa veröffentlichte weiterhin ein Gespräch mit dem Kommandanten fünf.

ALT: Uns scheint, daß die fehlende Organisierung und das fehlende politische Bewußtsein des kolumbianischen Volkes es ihm schwierig machen werden, der Repression zu widerstehen, die eure Aktion mit Sicherheit jetzt auslöst. Wenn Ihr das auch so seht, weshalb provoziert Ihr solche Reaktionen?

K 5: Das Volk versteht sehr wohl und antwortet auch. Wer nicht versteht, ist die traditionelle Linke. Und uns interessiert es nicht, was die traditionelle Linke denkt. Das Volk im allgemeinen versteht viel, es will, daß die Leute kämpfen und will einen Wandel. (...) Wir halten die Wahlen auch für ein wichtiges Mittel im Kampf, aber nicht für das endscheidende.

ALT: Und wie seht Ihr die Reaktion des Volkes auf diese Art von Aktivitäten?

K 5: Das Volk hat uns immer unterstützt und war immer mit uns. Es wartete sogar auf unser Erscheinen.

ALT: Glaubt Ihr nicht, daß solche Aktionen dem Volk nur als ein weiteres Element der Unsicherheit erscheinen, der Gewalt und der gegenwärtigen Zersetzung, und daß es an einem bestimmten Moment vor allem Ordnung fordern wird?

K 5: Nein, das glauben wir nicht. Früher haben wir uns zurückgehalten. Aber das Volk verlangt, daß ihm neue Kampfformen gezeigt werden, daß man ihm zeigt zu kämpfen, damit es nicht passiv der Repression gegenübersteht. Die Bauern z.B. verlangen das von einem. Und die traditionelle Linke hat sich zurückgehalten.

ALT: Wie äußert sich dies Verlangen des Volkes konkret?

K 5: In der Arbeit, die wir mit den Arbeitern, Bauern, Gewerkschaften machen, fordern die Leute das. Man beschneidet sich ja selbst, wenn man ständig um die Regierung herumtanzt und nur ganz kleine Kämpfe ficht, ohne das Problem des Kriegs anzugehn. Wir verstehen dies als ein Problem des Krieges und im Krieg muß man kämpfen und nicht nur zubeißen.

ALT: Aber diese Art von Aktionen kann zu einer ähnlichen Situation wie in Argentinien vor dem Militärputsch führen, d. h. zu einer Radikalisierung der extremen Rechten und einer politischen Gewalt, die die Machtergreifung der Militärs legitimiert.

K 5: Ich glaube nicht, daß sich die Situation im Moment dorthin entwickeln kann. Trotzalledem dürfen wir Revolutionäre nie unsere Rolle vergessen, nämlich den Prozeß zu beschleunigen.

ALT: Noch einmal genauer: Führen diese Methoden nicht zu einer "Argentinisierung"?

K 5: Nein, das glauben wir nicht. Auf alle Fälle müssen wir dorthin gelangen. Und die Basis muß antworten. Das Volk muß sich organisieren. Es kann nicht beim Wahlkampf stehen bleiben.

ALT: Aber wißt, daß die Organisationen der Linken sehr begrenzt arbeiten und die Massen im allgemeinen nicht vereinigen. Die Volksselektoren sind nicht widerstandsfähig und haben – außer einigen Mitgliedern linker Organisationen – nicht wirklich die Möglichkeit, sich gegen die Angriffe der Militärs zu verteidigen.

K 5: Damit bin ich nicht einverstanden. Wir dürfen nicht vergessen, daß das kolumbianische Volk reich an Kampferfahrungen ist: es ist ein kämpferisches Volk. Was passierte, war folgendes: die Linke hat das Volk passiv gehalten, sie hat nicht zugelassen, daß es aus der Passivität herauskam. Das Volk selbst wollte, aber seine eigenen linken Führer haben es zurückgehalten. Dem Volk zeigte man nie zu kämpfen, man glaubt, daß die, die kämpfen lernen, Leute sind, die fünf oder zehn Jahre in einer linken Gruppe organisiert sind, aber das ist nicht so. Ich persönlich denke so und das ist auch die Vorstellung von unserer Organisation."

Operation: "Demokratie und Freiheit"

"Denn wir wissen, daß die Besetzung von Botschaften zur Zeit das einzige Mittel ist, um gegen Repression und steigende Lebenshaltungskosten zu protestieren", erklärten die mit den Botschaftsbesetzern solidarischen Studenten.

Eine weitere Forderung der Botschaftsbesetzer besteht darin, daß die Regierung endlich zugeben soll, daß politische Gefangene gefoltert werden. Abgesehen davon, daß es laut Regierung keine politischen Gefangenen gibt, die demnach auch nicht gefoltert werden können, ordnete Turbay Ende 78, als Berichte und Zeugenaussagen über Folterungen und willkürliche Verhaftungen überhand nahmen, eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft an, um die Nichtexistenz von Folter zu beweisen. Es wurden dann weitere Untersuchungen von Kommissionen des gerichtsmedizinischen Instituts des Parlaments, des Stadtrats von Bogota etc. durchgeführt. Die Untersuchungsberichte bewiesen, daß Gefangene in den Militärinstitutionen psychisch und physisch gefoltert und mißhandelt werden. Die Regierung, die sich darauf beruft, eine demokratische zu sein, müßte demzufolge den Berichten der Institutionen, die die Untersuchung durchführten, Gehör schenken, und Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu ändern. Die Reaktion der Regierung aber war die Negation ihrer eigenen demokratischen Institutionen: der Direktor des gerichtsmedizinischen Instituts wurde entlassen, weil die Untersuchung ergeben hatte, daß viele der untersuchten Gefangenen in der Zeit ihrer Haft in den Militärinstitutionen sich Wunden und Verletzungen zugezogen hatten, die durch äußere Einwirkung verursacht worden waren. Die anderen Untersuchungen wurden z.T. veröffentlicht, z.T. verschwanden sie in den Archiven: sie wurden allesamt als bösartige Verleumdungen des kolumbianischen Staates bezeichnet.



In diesem Sinne ist die Forderung der Botschaftsbesetzer, die Regierung solle endlich zugeben, daß in Kolumbien gefoltert wird, die Forderung nach der Anerkennung demokratischer Institutionen durch die Regierung.

Die Hauptforderung ist die Freilassung von 311 politischen Gefangenen. Diese Forderung bedeutet noch lange nicht, daß es sich bei den Gefangenen um — wie man in der bundesdeutschen Presse lesen kann — "Gesinnungsgenossen" handelt. Aber mit ziemlicher Sicherheit kann man behaupten, daß allen diesen Gefangenen 25 — 30 Jahre Gefängnis auf der Insel Gorgona, einem der meistgefürchtetsten KZs, bevorstehen. Die Festnahmen geschahen ohne Haftbefehl oder der Haftbefehl wurde im Hause der Verhafteten ausgefüllt. Die Militärs gaben sich oft nicht als solche aus, sondern sagten, sie seien gekommen, um den Betreffenden zu töten. Es wurde den Gefangenen nicht gesagt, warum sie festgenommen wurden. Sie wurden sofort gefoltert, ohne daß man ihnen dabei Fragen stellte. "Wir sind im Krieg und ihr habt den Krieg verloren, deshalb können wir mit Euch machen, was wir wollen", sagte ein Folterer zu einem der Gefangenen. Unter Folter und Drogen wurden die Gefangenen gezwungen, Geständnisse zu unterschreiben, an die sich viele nicht mehr erinnern. "Ich weiß gar nicht mehr, wieviele Papiere ich unterschreiben mußte", sagte eine Gefangene. Die Gefangenen mußten unterschreiben, daß ihnen bei der Festnahme nichts gestohlen wurde, und daß sie nicht gefoltert wurden. Und sie mußten Blankopapiere unterschreiben. Ein Gefangener, Henry Rivera, wurde verhaftet und gefoltert, nicht etwa, damit er seine eigene Schuld zugibt, sondern damit er drei Arbeitskollegen vor den Untersuchungsrichter beschuldigt, der Bewegung M-19 anzugehören. Im Falle der Weigerung, so wurde ihm angedroht, würde er erschossen. An dem Tag, an dem er vor dem Untersuchungsrichter aussagen sollte, wurden seine alte Mutter und sein jüngerer Bruder ebenfalls verhaftet, quasi als Geiseln, und falls er nicht den Befehlen der Militärs gehorchen würde, drohte man ihm an, auch sie zu foltern.

Die Verteidiger sind häufig selbst Militärs, man verbot den Gefangenen, einen eigenen Anwalt zu nehmen oder verbot den Anwälten, mit ihren Mandanten zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, daß das Leben der Gefangenen gefährdet ist und nur durch eine Befreiungsaktion gerettet werden kann, denn legale, demokratische Mittel werden von Regierung und Militärs nicht anerkannt.

Das Spiel der Kräfte

Die Forderung nach der Freilassung der Gefangenen drängt die Regierung in eine schwierige Position gegenüber den Militärs, die doch in der letzten Zeit ihre gesamten Kräfte benutzen, um gerade diese Leute zu fassen und zu verurteilen. Das letzte Wort über ihrer Freilassung haben also die Militärs und die haben sich entschlossen geweigert, überhaupt zu den Verhandlungen ihre Zustimmung zu geben. — Allerdings spielt der internationale Druck eine wesentliche Rolle. Eine einheitliche Position der Länder, deren Botschafter als Geiseln gehalten werden, könnte die Verhandlungen weitgehend beeinflussen. Davon ausgehend, daß der Aktionsradius der kolumbianischen Regierung zunehmend geringer wird und und die Funktion der Regierung sich mehr und mehr darauf beschränkt, die Reproduktionsbedingungen für das internationale Kapital herzustellen und zu erhalten, entspricht die ökonomische und militärische Knechtung der kolumbianischen Bevölkerung den Interessen des Auslands. So ist es auch verständlich, daß kein gemeinsamer internationaler Druck zur Freilassung der Gefangenen zustande kommen kann, obwohl sich die Schweiz und Österreich dafür ausgesprochen haben und zu Verhandlungen bereit sind. Die USA und Israel empfehlen eine harte Hand.



Falls jedoch ein solcher Druck noch zustande kommen sollte, was nicht wahrscheinlich ist, könnten sich weder Regierung noch Militärs ihm widersetzen. Im Moment allerdings sieht es eher so aus, als würde ein Sturm auf die Botschaft geplant. **Spezialtrupps zur Guerillabekämpfung sind aus der BRD, aus Großbritannien, Israel und den USA schon eingetroffen, aus der BRD wir ein spezielles lähmendes Kampfgas erwartet. Ein Militär, der nicht genannt werden möchte, gab vor wenigen Tagen bekannt, die Armee würde Pläne zur Erstürmung der Botschaft ausarbeiten.**

Turbay(jetziger Präsident), der sehr wohl weiß, wie wichtig es für seine Regierung ist, das Image von Demokratie im Ausland aufrechtzuerhalten, erklärte wiederholt, den Konflikt friedlich lösen zu wollen. Die Guerrilleros scheinen in den letzten Tagen ihre Forderungen herabgesetzt zu haben: eine neue Liste von 70 Gefangenen, deren Freilassung gefordert wird, wurde der Regierung überreicht und die Forderung von 50 Mio US-Dollar auf 10 Mio gesenkt. Die Regierung weigert sich nun aber, die sechste Verhandlungsrunde einzugehen. Inzwischen haben die Militärs offensichtlich auf eigene Rechnung einige Mechanismen in Gang gesetzt, die ein gespanntes Kriegsklima in der Nähe der Botschaft schaffen. Anwohner äußerten Befürchtungen eines Sturms auf die Botschaft, da schon Militärs sich nach dem Wert ihrer Häuser erkundigten. Feuerwehrleute untersuchten die Kanalisationsanlagen um die Botschaft, angeblich um nach "Lecks in der Gasleitung" zu suchen.

Der "Volksentscheid gegen den Terrorismus"

Die Besetzung der Botschaft fand genau 13 Tage vor den Gemeinderatswahlen statt. Eine Zeitlang wurde angenommen, die Wahlen würden verschoben, aber als feststand, daß außer den Studentendemonstrationen keine Solidaritätsaktionen stattfanden, funktionierte die Regierung die Wahlen zum 'Volksentscheid gegen den Terrorismus' um. Zwar enthielten sich 80 % der Wahlberechtigten der Stimmabgabe, aber die Zeitungen hier wie dort berichteten über die funktionierende Demokratie, wo 97 % der Stimmen für die herrschenden Parteien abgegeben wurden.

Quellen: LN — Lateinamerika-Nachrichten April 80 / iz3w, Nr. 84, Alternativa, Tiempo, Espectador, TAZ, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Tagesspiegel, El Pais, El Periodico, Proceso, Untersuchungsbericht der Kommission des Stadtrats von Bogota

ZUR LAGE DER INDIANER

Überfall auf das Büro des CRIC (indianischer Regionalrat des Cauca)

In den 1. beiden Monaten dieses Jahres (1979) richtet sich die Repression verstärkt gegen die indianischen Gemeinschaften im Cauca, die sich in der indianischen Organisation CRIC zusammengeschlossen haben.

Das Department Cauca ist eine Provinz im Südwesten Kolumbiens. Der westliche Teil ist schwer zugänglich und dünn besiedelt. Der Rest der Provinz ist Bergland und gehört zu den Gebieten Kolumbiens mit der größten Siedlungsdichte indianischer Bevölkerung (über 80%). Die Indianer leben in 27 Reservaten (resguardos), die im Bergland verstreut liegen.

Dem dort ansässigen Indianern wurde 1890 Land zugeschrieben, das nicht verkauft werden durfte. Diese Landrechte sind von kolumbianischen und internationalen Recht geschützt.

Trotz dieses Verbots haben sich im Lauf der Jahre Großgrundbesitzer, darunter auch die katholische Kirche, durch Einschüchterung, Alkohol und ein Kredit-Schuldsystem illegal größere Flächen der Reservate angeeignet. Sie vertrieben die indianischen Besitzer, oder beschäftigten sie als Tagelöhner auf ihren Feldern.

1971 schlossen sich die Mehrzahl der indianischen Gemeinden des Cauca zum CRIC zusammen, um gemeinsam die Rückeroberung der Resguardos zu betreiben, die indianische Selbstverwaltung zu organisieren, über ihre Rechte aufzuklären und die indianische Tradition zu verteidigen. Hierzu bildeten sie Kooperativen, deren Erlöse durch Verkauf von Lebensmitteln und Ertrag gemeinsam bearbeiteter Felder, ihnen als materieller Rückhalt dienen.

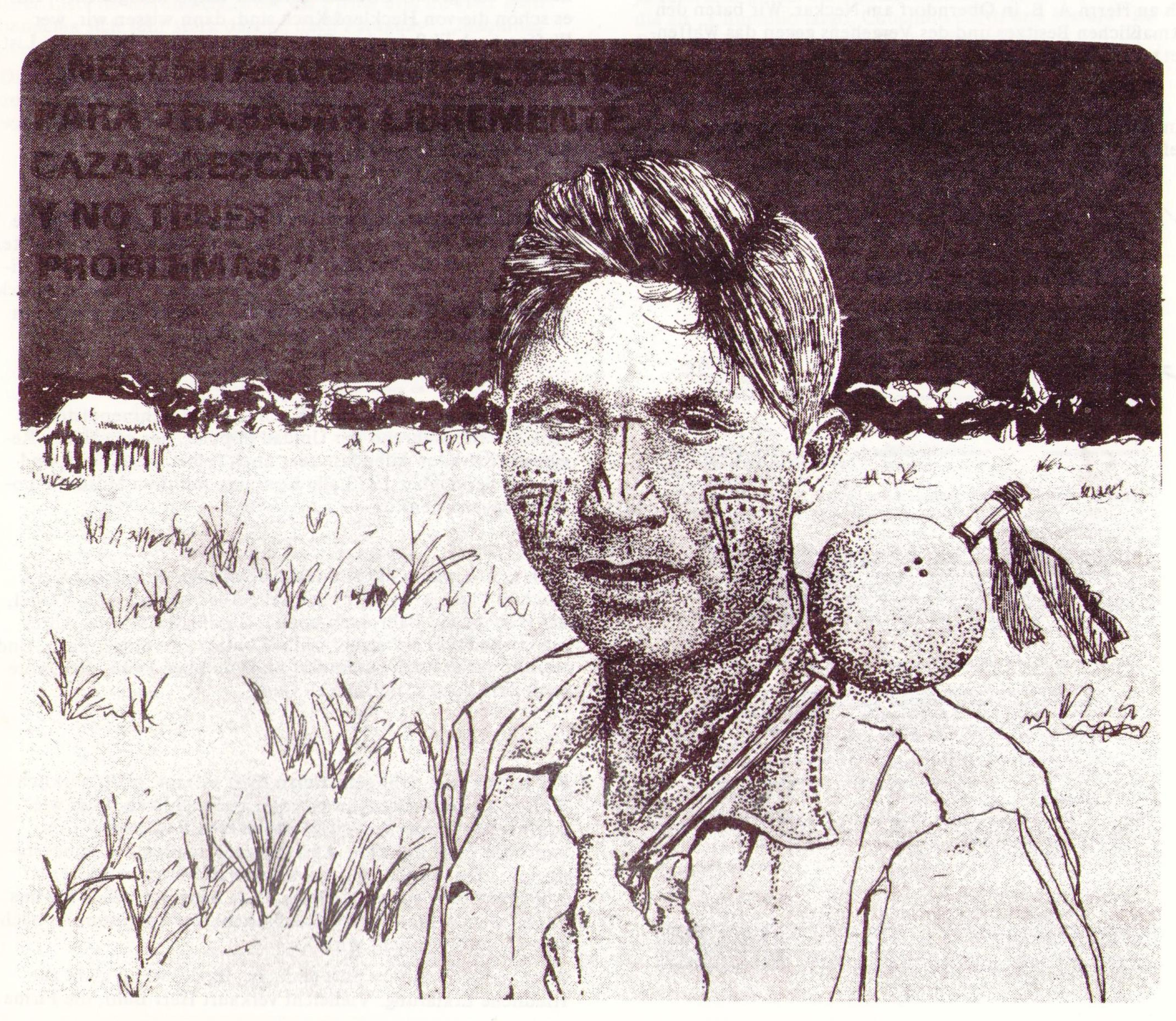
Als Kommunikationssystem für seine Arbeit hat der CRIC in Popayan, Hauptstadt des Cauca, ein Büro eingerichtet, von dem aus Freiwillige die Bevölkerung beratend, unterstützend und koordinierend zur Seite stehen. Der CRIC gibt zudem eine eigene Zeitung „unidad indigena" heraus, die größte Indianerzeitung Südamerikas.

Durch ihre Aktivitäten stehen die indianischen Gemeinden in ständiger Auseinandersetzung mit den Großgrundbesitzern. Diese Auseinandersetzungen haben sich in letzter Zeit zugespitzt. Die Großgrundbesitzer setzen bezahlte Mörderbanden und in letzter Zeit verstärkt Militär und Polizei zur Verteidigung ihrer Interessen ein.

Am 31. Januar 1979 wurde der CRIC-Führer Benjamin Dindicue und zwei weitere wichtige Mitglieder von Unbekannten erschossen. Dindicue trat in letzter Zeit besonders engagiert für die Rückgewinnung des indianischen Landes ein.

Der letzte Übergriff richtete sich gegen das zentrale Büro des CRIC. Der Präsident und drei Mitarbeiter wurden verhaftet und das Archiv beschlagnahmt, so daß alle offiziellen Kontakte mit der CRIC unterbrochen sind.

aus: 'Unidad Indigena'



XY=H.&K.-und die schicken uns die Bullen in den Laden....

Frankfurt/Südamerika
April 80

Zur Erinnerung: Wie wir schon im ID 326 berichteten, hat uns Mitte März ein „Jemand" haufenweise den Krempel eines Waffenhändlers in die Redaktion gebracht. Wir wollten dem Waffenhändler und seinen Kollegen Gelegenheit geben, zu den Beschuldigungen, die aus diesen Papieren hervorgingen, Stellung zu nehmen. Bisher hatten wir den Waffenhändler als A. B. und seine Firma als XY bezeichnet.

Wir haben mehrmals versucht, eine Stellungnahme zu erhalten. Bei der Firma hieß es aber immer, der A.B. ist „im Ausland", „in Ferien", „nicht da". Sein Chef, Geschäftsführer Lamp (siehe ID 327) wurde gar ganz aufgeregt und sagte, daß ihn diese Sache „gar nicht interessieren" würde.

Wir jedoch scheuten keine Mühe und setzten zum ersten mal eine Suchanzeige in den ID. Wem gehört der inkriminierende Papierkram. Diese ID-Ausgabe schickten wir vorsichtshalber auch an Herrn A. B. in Oberndorf am Neckar. Wir baten den mutmaßlichen Besitzer und des Vergehens gegen das Waffengesetz Verdächtigen, sich bei uns zu melden.

Kein Dank für unsere Mühe. Kein Wort, keine Antwort, kein Brief.

HECKLER & KOCH GMBH

Heckler & Koch GmbH, Postfach 1329, D 7238 Oberndorf/Neckar

Telefon 0 74 23/79-1
Telex 0 760 313
Drahtwort Hecklerkoch

Geschäftsbereiche
Wehrtechnik
Polizeitechnik
Präzisionstechnik
Sonderbetriebsmittel
Jagd- und Sportwaffen
Industrieanlagen
Maschinenbau
Elektronik

Ministerio de Defensa Nacional
Dirección de las Industrias
Militares

Asunción/Paraguay

Ihre Nachricht vom/Ihr Zeichen — Unser Zeichen (stets angeben) Gd/Dc — Tel.-Durchwahl 0 74 23/79- 286 — Datum 07.03.80

Asunto: Máquinas para la fabricación de vainas

Muy señores nuestros:

En nuestra oferta del 31.10.79 les indicamos en el capítulo de introducción, punto núm. 7, que la mayoría de las máquinas no están, destinadas exclusivamente para una producción militar sino que pueden emplearse igualmente en una civil. Este es el motivo por el cual siguiendo sus ordenes, nos permitimos informarles sobre las técnicas de trabajo, con ejemplos, más importantes que pueden llevarse a cabo con las máquinas correspondientes.

1.01 Prensa excéntrica, Modelo 10.025

En esta máquina pueden llevarse a cabo comoda y racionalmente trabajos como por ejemplo de corte, doblado, troquelado y de embutición. La fuerza máxima de trabajo de esta prensa es de 150 KN, es decir que pueden producirse piezas que no exigan una fuerza mayor a la ya mencionada y cuyas medidas de la herramienta no excedan lo permitido por la máquina.

Ejemplos:

1. Fabricación de rodajas para vainas y envueltas de balas o proyectiles para cartuchos del calibre . 22 hasta el calibre 7,62 mm x 51 NATO y hasta 9 mm Parabellum.

- 2 -

Sitz der Gesellschaft: Oberndorf/Neckar
Geschäftsführer: Alex Seidel · Walter Lamp · Peter Moser
Handelsregister: Amtsgericht Rottweil, B 28 Ob.

Kreissparkasse Oberndorf/N.	Kto.-Nr.	810 300	BLZ 642 500 40
Landesbank Ravensburg	Kto.-Nr.	25 353	BLZ 650 500 00
Bayerische Vereinsbank Stuttgart	Kto.-Nr.	3 039 870	BLZ 600 202 90
Commerzbank Rottweil	Kto.-Nr.	220 036 800	BLZ 642 400 71
Deutsche Bank Pforzheim	Kto.-Nr.	01/04 000	BLZ 666 700 06
Dresdner Bank Reutlingen	Kto.-Nr.	304 551 100	BLZ 640 800 14
Landeszentralbank Rottweil	Kto.-Nr.	84 207 306	BLZ 642 000 00
Postscheckamt Stuttgart	Kto.-Nr.	6 763-704	BLZ 600 100 70

HK 0373

Aber es kamen vier Herren in Zivil: POLIZEI.
„Wer ist der, der die Waffengeschichte geschrieben hat?"
„Sein Fach? Seine Unterlagen?" „Gibt es hier einen Max Watts?"

Höflich, aber bestimmt erhielten sie zur Antwort: „Ja, den gibt es. Lassen Sie ihre Telefonnummer hier. Er wird Sie wieder anrufen, wenn er dazu kommt." Wir riefen an, es meldete sich die Kripo vom Flughafen Frankfurt/Main.

Ein Herr Armin Bähr hatte eine Diebstahlsanzeige gemacht, und eine Firma Heckler&Koch hatte wiederholt nachgefragt, warum denn die Polizei nicht tätig werde. Einem ihrer Vertreter sei auf dem Frankfurter Flughafen einiges gestohlen worden. Soviel Mühe, dabei hätte die Firma nur im ID anzurufen brauchen. Naja, vielleicht mangelte es ihnen an Kleingeld? Wir haben jedenfalls die Akten - die so lange keinen Besitzer hatten - mit großer Erleichterung der Kripo übergeben. Wenn es schon die von Heckler&Koch sind, dann wissen wir, wer Waffen nach El Salvador, Chile, Uruguay usw. usw. (siehe Lista de Referencia im ID 326) liefert.

Da ist auch noch die Frage mit Chile offen:

Heckler&Koch behaupten laut Unterlagen ganz stolz, daß sie dorthin ihre Waffen ausführen. Sie haben auch einige Vertreter in Chile. Aber die Bundesregierung, das Bundeswirtschaftsministerium, weist mit äußerster Empörung den Verdacht zurück, irgendwelche Genehmigungen für die Ausfuhr von Waffen an irgendeine Firma für Chile erteilt zu haben.

Aber vielleicht hat Heckler&Koch ja die Maschinenpistolen für Chile nur während der Unidad Popular, der gewählten Regierung Salvador Allendes, oder noch früher ausgeführt, und hat seit September 1973 alle Kontakte mit dem Mörder Pinochet abgebrochen?

In dem Fall wären die Kontaktadressen der Firma Heckler& Koch in Chile ja vielleicht ganz alt. Aber warum, zum Teufel, hat Herr Armin Bähr dann noch handschriftlich neue Adressen (siehe Pfeil) auf seiner Chile-Kontaktliste eingetragen. Und warum war er noch zumindest im Dezember 1976, drei Jahre nach dem Putsch, in Chile zu Gast?

Wir hätten sehr, sehr gern Herrn Bähr gefragt, ob er wirklich Waffen an Terroristen, an Mörder, an Faschisten (oder wie sonst sehen Sie die derzeitige chilenische Regierung?) verkauft hat - und das ohne Ausfuhrgenehmigung der Bundesregierung, ohne Beachtung des Kriegswaffenkontrollgesetzes? Aber Herr Bähr schweigt (Bitte, Herr Bähr, schreiben Sie uns doch, einen echten Betroffenenbericht, der bestimmt im nächsten ID veröffentlicht wird).

Aber vielleicht gibt es eine einfache, legale, wenn nicht gar friedliche Erklärung. Vielleicht verkauft Herr Bähr, die Firma

CHILE

Sr. Raul Massa y Careamo Ltda.
Sanchez Fontecilla 115o
Las Condes

Santiago - La Reina
Tel. 486 o54
Tlx. 352 oool both ITT
Telegr. Massa

Ferrostaal Chile S.A.C.
Moneda, 1o4o, 1o° Piso

Santiago
Tel. 829 77

Hotel Sher. - San Cristobal
Tel. 745000
Telex 3520004

Heckler&Koch, ja gar keine Waffen nach Chile, sondern - nur - „Maschinen“: für die Herstellung von Waffen natürlich. So wie nach Paraguay - auch eine üble Diktatur. Paraguay bekommt, so Herr Vogt vom Bundeswirtschaftsministerium, keine Genehmigung für die Einfuhr von Waffen aus der BRD.

Heckler&Koch führt Paraguay natürlich auch n i c h t auf ihrer Lista de Referencia. Aber die Firma und ihr Herr Bähr bemühen sich sehr stark darum, nach Paraguay „Maquinas para la fabricacion de vainas“ ausführen zu können.

Diese Maschinen, so Heckler&Koch, können ja nicht etwa nur zur Herstellung von Waffen, sondern auch zur Fabrikation von „baterias de cocina“ (Küchenbatterien) benutzt werden.

Aber es ist nicht besonders wahrscheinlich, daß sich der Kunde - das Ministerio de Defensa Nacional - besonders für Küchentöpfe interessiert. Die Priorität liegt wohl eher bei der Herstellung von „vainas“. Und das sind Patronenhülsen und die kaum für Jagdgewehre, sondern für das Kaliber 7,62 NATO-Munition und 9 mm Parabellum. Die 9 mm Parabellum passen ja auch sehr gut in die Heckler&Koch Maschinenpistole MP 5, die als „Chuchillo largo, Chuchillo corto und Navajo“ im Code der Firma Heckler&Koch auftauchen.

HK HECKLER & KOCH GMBH OBERNDORF/NECKAR

LISTA DE REFERENCIA

Los siguientes países adoptaron armas HK para sus Fuerzas Armadas y/o Policías:

Europa	America	Cercano y Medio Oriente
Alemania	USA	Abu Dhabi
Dinamarca	Brasil	Arabia Saudita
Grecia	Chile	Bahrain
Holanda	Colombia	Chardja
Inglaterra	El Salvador	Dubai
Italia	Guayana	Irân
Noruega	Haiti	Jordania
Portugal	México	Jemen
Suecia	República Dominicana	Oman
Suiza	Perú	Pakistan
Turquía	Venezuela	Qatar

Extremo Oriente	Africa	
Bangla Desh	Alto Volta	Moçambique
Birmania	Angola	Niger
Brunei	Chad	Nigeria
Filipinas	Costa del Marfil	Senegal
India	Ghana	Sudan
Indonesia	Kenya	Uganda
Japón	Malawi	Tanzania
Malaysia	Marruecos	Togo
Tailandia	Mauritania	Zambia

D-7238 OBERNDORF/NECKAR POSTFACH 130 TELEFON (07423) 8071 FERNSCHREIBER 760313

2. März 1978 Br/eb

Verteiler:
Herr Seidel/GL z.I.
Herr Lamp z.I.
Herr Bähr

C O D E, der mit THEA INTERNACIONAL, Asuncion, Paraguay, vereinbart wurde

Gewehr G3A3	Tornillo largo
Gewehr G3A4	Tornillo corto
Maschinengewehr HK21A1	Sierra
Wechsellauf für HK21A1	Hoja
Pistole VP7oZ	Martillo
Magazin für VP7oZ	Depósito
Pistole P9S	Lápiz
Magazin für P9S	Depósito
Maschinenpistole MP5A2	Cuchillo largo
Maschinenpistole MP5A3	Cuchillo corto
Maschinenpistole MP5SD3	Navajo
Staatspräsident	Licenciado
Gral. Johanson	~~Ricardo~~ Gonzales
Gral. Rodriguez	Alfonso
II. Dpt. Ejercito	Administración
Heer	Almacen
Luftwaffe	Sucursal
Marine	Bodega
Kavallerie	Supermercado
Policia Central	Monica
Polizeichef	Padre Monica
Geheimdienst	~~Isabella~~ Ernesto
Geheimdienstchef	Padre ~~Padre~~ Isabella
Provision	Calendario
Militärpolizei	Enrique
Präsidenteneskorte	Daniel
MP5K	Tenedor
Altmaterial	Palmeras
M1	Naranja

Planta Ensambladora: Hotel
Jefe Administr. = Pablo
Bähr = Vicente

gez. Bähr-Vkf

Continuación contrato adicional al celebrado entre el Gobierno de la República de Colombia y la firma HECLER & KOCH GMBH de la República Federal Alemania.



Perfeccionamiento de este contrato, el GOBIERNO a través de la Dirección General de Crédito Público del Ministerio de Hacienda y Crédito Público gestionará una autorización global de desembolso por el valor total de este contrato ante el -- First Wisconsin National Bank of Milwaukee para que esta entidad o una de sus su-

Ein Nachtrag: Kolumbien

In diesem ID erscheint eine Beschreibung der Situation in Kolumbien. Wir hatten die Bundesregierung noch gar nicht gefragt, ob für dieses „friedliche, entspannte" Land Genehmigungen für die Einfuhr von Waffen notwendig sind. Waffen jedenfalls bekommt die kolumbianische Regierung von Heckler&Koch (siehe Lista de Referencia). Die kolumbianische Regierung zahlt diese Lieferungen auf ein Konto der First Wisconsin National Bank of Milwaukee/USA. Warum zahlt sie nicht, wie sonst bei Heckler&Koch üblich, auf die Bayerische Vereinsbank in München?

Jedenfalls mangelt es in Kolumbien nicht an Geld, Heckler& Koch zu bezahlen. Herr Bähr hatte in seiner Tasche auch Kopien von Regierungserlassen: zwanzig Millionen US-Dollar werden geliehen, um „equipe para las Fuerzas Militares" - den Ankauf von Ausrüstung für die „Bewaffneten Kräfte" - zu finanzieren. In Kolumbien fehlt es ja sicher auch keinem an Schulen oder Milch für die Kinder...

Max Watts/ID

REPUBLICA DE COLOMBIA

MINISTERIO DE HACIENDA Y CREDITO PUBLICO

DECRETO NUMERO 1525 DE 19___

Por el cuál se concede una autorización

EL PRESIDENTE DE LA REPUBLICA DE COLOMBIA,

en uso de sus facultades legales,

D E C R E T A :

ARTICULO PRIMERO. - Autorízase al Doctor ALFONSO PALACIO RUDAS, Ministro de Hacienda y Crédito Público, y al General ABRAHAM VARON VALENCIA, Ministro de Defensa Nacional, para gestionar a nombre del Gobierno Nacional, un empréstito externo, hasta por la suma de VEINTE MILLONES DE DOLARES (US$ 20.000.000) de los Estados Unidos de América o su equivalente en otras monedas, con un plazo mínimo de siete (7) años, contado a partir de la fecha de firma del contrato, incluído un período de gracia de dos (2) años, para su total amortización y un interés máximo sobre saldos deudores del siete punto nueve por ciento (7.9%) anual fijo durante toda la vigencia del crédito, destinado a financiar la adquisición de equipo para las Fuerzas Militares.

ARTICULO SEGUNDO. - El presente Decreto rige a partir de la fecha de su expedición.

COMUNIQUESE Y CUMPLASE

Dado en Bogotá D. E., a 26. [illegible]

EL MINISTRO DE HACIENDA Y CREDITO PUBLICO,

ALFONSO PALACIO RUDAS



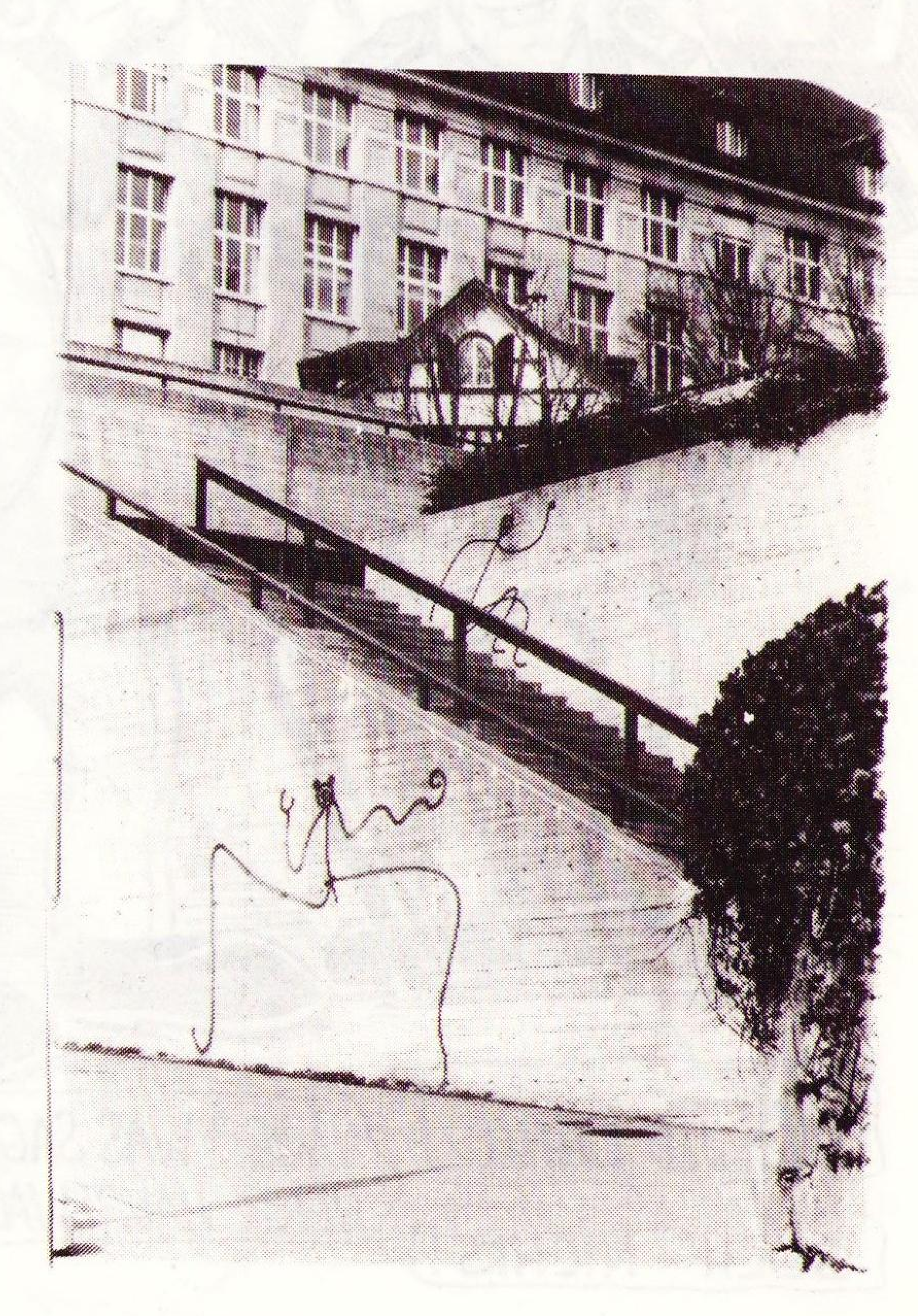
ZÜRICHER WANDMALEREI



ICH MACHE KEINE VORSCHLÄGE ,
ICH REALISIERE UNMITTELBAR,
LEGE BLOSS,
DECKE AUF,
SETZE DAS MESSER AN USW.
MIT DEN MIR MÖGLICHEN
KÜNSTLERISCHEN
UND PSYCHOLOGISCHEN MITTELN.

Aus einem Brief des Sprayers an die Leser–Zeitung.





bretagne:

Weißkreuz

ÜBER TRÄNENGASGRANATEN, DIE „WEDER EINGESETZT WURDEN", NOCH „JEMANDEN VERLETZT HABEN KÖNNEN"

Es ist ja mittlerweile bekannt, daß der Einsatz von Tränengas gar nicht so ungefährlich ist. Dazu gehört auch $BrH_2C\text{-}CO\text{-}OC_2H_5$. Bromessigsäureäthylester, farblose, übelriechende Flüssigkeit, die schon in starker Verdünnung die Schleimhäute angreift, aber auch „wirkungsvoller" eingesetzt werden kann, wie ein kürzlicher Einsatz in der Bretagne gezeigt hat, bei dem das Augenlicht eines Verletzten ernsthaft gefährdet ist und weitere Augenverletzungen zu beklagen sind. Der folgende Text ist verschiedenen März-Nummern der Liberation entnommen:

QUIMPER/BRETAGNE 17. März 1980

6000 Demonstranten und 60 Rechtsanwälte sind versammelt, um die „Neun von Plogoff" zu unterstützen, die für ihren Widerstand gegen den Bau eines Atomkraftwerkes am Cap Sizun/Plogoff abgeurteilt werden sollen (vgl. ID 324 und 327).

Am Vortag haben 50 000 in Plogoff demonstriert! Heute haben die Bullen bereits Tränengas im Justizpalast eingesetzt. Aber es kommt noch schlimmer: Nach zahlreichen und übereinstimmenden Zeugenaussagen haben die Bullen eine ätzende Flüssigkeit eingesetzt, die bei zwei Demonstranten besonders schwere Augenverletzungen verursacht hat.

Jean-Michel Manac'h, Lehrer, Mitglied der Ligue Communiste Revolutionaire (trotzkistische Org. in F.), seit dem 17. März im Krankenhaus, berichtet: „Die Polizisten haben per hand einen kleinen Zylinder aus weniger als einem Meter geworfen. Er ist explodiert und ich habe eine Flüssigkeit abgekriegt. Sie enthielt Kristalle, die aussahen wie feuchtes Salz. Ich habe gemerkt, wie die Flüssigkeit durch meine Kleidung hindurchsickerte und juckte und – ich war sofort blind. Noch zwei Stunden, nachdem ich mich bei mir zuhause gewaschen hatte, konnte keiner näher als drei Meter an mich heran ohne zu heulen." Nach zehn Tagen kann er immer noch nichts sehen außer Schemen und Schatten. Die Mediziner können ihm nichts versprechen. Sie haben ihm gesagt, daß sie in zwei Monaten Bilanz ziehen werden, um zu sehen, ob sein Augenlicht mit schirurgischen oder anderen Mitteln gerettet werden kann.

Auch Luc Petident, 22 Jahre, hats bös erwischt, er hat was von der gleichen ätzenden Flüssigkeit abbekommen. Er hat ein Geschwür an der Hornhaut und eine Trübung des rechten Auges. Während er vorher noch mit 100 Prozent sah, sieht er heute links mit 20 Prozent und rechts mit 5 Prozent.

Dazu der Polizeipräsident von Quimper: „Die Bürger von Quimper dürfen darauf vertrauen, daß die Maßnahmen der Polizei dem entsprochen haben, was man von Beamten erwarten darf, die die Sicherheit gewährleisten."

Inzwischen weiß man mehr:
Die ersten Granaten, die Bromessigsäureäthylester enthielten – ein Stoff, der extrem gefährlich ist, wenn er mit dem Auge in Berührung kommt – wurden 1966 (in Frankreich) in Umlauf gebracht. Das Tränengas befand sich in Glasampullen, doch wurden diese in den folgenden Jahren aus dem Verkehr gezogen wegen der großen Gefahren, die sie für die Polizisten darstellten, die sie nur per Hand werfen konnten, sonst wäre das zu gefährlich gewesen, außerdem bestand das Risiko, daß sie beim Transport zerbrechen konnten.

Heute verfügen nur noch einige städtische Polizeieinheiten (in Quimper war die „police urbaine" eingesetzt) über dieses alte Tränengas, und es könnte gut sein, daß sich einige alte Lagerbestände im Polizeipräsidium in Quimper befunden haben. Es wäre deshalb nicht unmöglich, daß, wie es Zeugen gesehen haben wollen, diese alten Ampullen an „klassischen" Granaten befestigt wurden.

Seit einigen Jahren wurden jedoch auch neue Bromessigsäureäthylester-Granaten in Dienst genommen. Die Glasampulle existiert immer noch, aber sie ist durch zwei konzentrische Hüllen geschützt, Kunststoff und Schaumstoff. Die neue Granate, die 270 Gramm wiegt, mit einem Durchmesser von 56 Millimeter und einer Länge von 178 Millimeter, kann sowohl mit dem Gewehr gefeuert als auch einfach mit der Hand geworfen werden. Sie explodiert sechs Sekunden nach dem Zünden (herkömmliche nach 2 1/2 Sekunden) und ist mit einem starken Sprengsatz (Typ SAE 65) ausgerüstet. Zeugen der Demonstration haben ebenfalls von diesem Granatentyp gesprochen, von dem sie insbesondere die Plastikhüllen bemerkten.

Noch ein paar nützliche Adressen zu Plogoff / zur Bretagne:
Coordination Anti-nucleaire Bretagne, c/o Pierrick Le Corre, Poulkamp, Kerlagadec, F-29 144 Plozevet
Comite de defense de Plogoff, Anni Carval, Moulin-Carn, Plogoff, F-29 113 Audierne
Amis de la Terre, 73, rue de Chateaugiron, F-35 000 Rennes

Die Bewohner von Plogoff rufen für das Pfingstwochenende 24./25.5. zu einem Treffen aller Gruppen und Individuen auf, die in Frankreich oder anderswo durch die Kernenergie betroffen sind.

IM HERBST PROBT DIE NATO

Lörrach
15. April

Im ID 318 druckten wir das Diskussionspapier „Zur (Un-)Möglichkeit eines Antimilitaristischen Bündnisses" ab.

Der Papiertiger nimmt langsam Gestalt an und soll nach den Vorstellungen der Kriegsgegner aus Lörrach in einer Aktion münden, denn „im Herbst probt die Nato".
Die Lörracher Kriegsgegner schreiben:

Natürlich jedes Jahr, insoweit hat sich ja auch jeder daran gewöhnt, aber nehmen wir das für alle Zeiten so hin, daß hier direkt vor unseren Augen für die Zerschlagung innerer Unruhen, für die „Vorwärtsverteidigung", für die militärische Durchsetzung (weltweit) der imperialistischen Interessen geübt wird? Auch dann noch, wenn wir sehen, was dabei konkret vernichtet wird, an Energie, an Natur an Arbeit und vor allem auch an Menschen?

Eine Initiative, eigentlich mit dem Ziel gestartet, eine Diskussion über antimilitaristische Arbeit in der BRD in Gang zu bringen, beginnt sich zu einer Aktion zu wandeln.

Konkret, auf das Papier „Zur (Un)Möglichkeit eines antimilitaristischen Bündnisses" vom Dezember 1979 kamen relativ wenig inhaltliche Stellungnahmen. Die Zustimmung zu der im Papier vorgeschlagenen Aktion war aber recht groß: Gemeinsam über die inhaltlichen Differenzen der antimilitaristisch arbeitenden Gruppen hinweg im Herbst die Natomanöver als Aktionsfeld für eine gemeinsame Aktion zu machen. „KDV und ZDL weisen auf ihren Einsatz im Kriegsfall hin, Frauen stellen ihre befürchtete bzw. bekämpfte Rolle dar, Soldaten informieren über ihre Ziele in der Armee, Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Rüstung und Armee, Verbindung zu Kapital und Herrschaft werden herausgestrichen, Trainings für Soziale Verteidigung könnten real durchgeführt werden, Flurschäden, die Umweltbelastung und Rohstoffverschwendung werden versucht zu verhindern, in den Städten werden die Straßen und Plätze von Straßentheater, Sit in, Unterständen usw. belegt, Zeitungen, Flugblätter, Unterschriftenlisten zu konkreten Forderungen stehen neben Blockaden vor Kasernen, Truppenübungsplätze werden „rekultiviert"." (aus dem Papier) Angesprochen wurden bzw. reagiert haben zunächst bisher schon antimilitaristisch Engagierte. Gerade aber die Auseinandersetzungen bei Truppenübungsplätzen, sowie die immer deutlicheren Zusammenhänge zwischen der „friedlichen" und der militärischen Nutzung der Atomenergie sind Anlaß für eine wesentlich breitere Betroffenheit und Bereitschaft zu Engagement. Hiermit also ein Aufruf an alle sich ihrer Betroffenheit vom Militärisch Industriellen Komplex bewußter zu werden, und sich im Herbst mit Aktion einzubringen.

Um einen minimalen Zusammenhang/Koordination zu erreichen, soll bis Ende Mai ein Treffen stattfinden, in dem mündlich zu allen Fragen, auch die inhaltliche Diskussion, geredet werden kann. Beiträge zur Rolle der Nato, Aktionsvorschläge und Bestellungen des Papiers über Vo.Ko.Na. (vorläufige Koordination Nato) M. Hoffmann, Baslerstr. 9, 7850 Lörrach 07621/87382 od. 3887 (Klaus).

Zusendung gegen Briefmarken oder Überweisung auf das Postscheckkonto Nr. 348 76–758 Karlsruhe Sonderkonto M. Hoffmann.

INFORMATIONSNETZ CHEMIE

KARLSRUHE
8. April

Kampagne zur Verbesserung des geplanten Chemikalien-Gesetzes:

Im Juni '80 bereits soll durch den Bundestag ein neues Chemikaliengesetz verabschiedet werden. Der vorliegende Gesetzesentwurf enthält soviele Mängel, Lücken und inkonsequente Regelungen, daß ein echter Fortschritt für den Schutz von Menschen und Umwelt nicht erkennbar ist.

Im Gegensatz zu den Atom- und Verkehrsgruppen gibt es unter den „Chemiegruppen" leider noch wenig Koordination und Materialaustausch. Daher hat sich der BBU vorgenommen, in den nächsten Monaten ein Informationsnetz Chemie aufzubauen.

Ein erster Anfang dieses Informationsnetzes soll ein Fragebogen sein, der momentan noch unvollständig und ergänzungsbedürftig ist. Es geht zunächst darum, eine Bilanz über die momentanen Aktivitäten aufzustellen.

Die BBU bittet alle Chemiegruppen, Interessenten und „Einzelkämpfer" bei untengenannter Adresse den Fragebogen anzufordern und ihn ausgefüllt mit Ergänzungsvorschlägen, Kurzbeschreibungen eurer Arbeit und eventuell vorhandenen Materialien bald zurückzusenden



Kontaktadresse: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Hellbergstr. 6, D-7500 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248

ID
Nr. 330
Wiederverkäufer/Buchläden: schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen der 59.997.000 Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!!

...ertriebsstück Nr.: 330 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

INHALTSVERZEICHNIS

Kurze

Militär

Knast/Prozesse

Leben/Wohnen/Theater

Auslabd

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90. Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski
Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Biderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	30.– DM
Halbjahr (24 Heftte) :	60.– DM
Jahresabo (48 Hefte) :	120.– DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

